

Vorwärts

BERLINER VOLKSBLATT



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Agrarierkrach mit Hindenburg

12. 1. 1908

Kriegserklärung des Landbunds an die Industrie — Schleicher verhandelt nicht mehr mit Landbund

Ein Ehrentag in der Geschichte des roten Berlin

Amlich wird mitgeteilt: Nachdem in letzter Zeit in mehreren Besprechungen zwischen Mitgliedern des Präsidiums des Reichslandbundes und dem Reichskanzler eine weitgehende Einigung über die für die Landwirtschaft notwendigen Maßnahmen erzielt worden war, wurde heute (Mittwoch) nachmittags der Vorstand des Reichslandbundes vom Herrn Reichspräsidenten im Beisein des Reichskanzlers und der Reichsminister Warnecke und Freiherrn von Braun empfangen.

Die Vertreter des Reichslandbundes trugen ihre ernststen Sorgen über die Lage der Landwirtschaft und ihre Auffassung über die zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen vor. In der Aussprache ergab sich, daß durch die bereits getroffenen und noch beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung den Wünschen der Abordnung schon soweit wie irgend möglich Rechnung getragen worden war.

Nach der Sitzung wurde bekannt, daß der Vorstand des Reichslandbundes bereits vorher eine Entschliebung gefaßt und der Presse übergeben hatte, die in demagogischer Form sachlich unbegründete Angriffe gegen die Reichsregierung enthielt. Die Entschliebung ist weder dem Herrn Reichspräsidenten noch der Reichsregierung vor der Besprechung bekanntgegeben worden. Wäre dies der Fall gewesen, so würde der Herr Reichspräsident von einem Empfang des Reichslandbundes abgesehen haben.

Die Reichsregierung wird sich durch diese illoyale Handlungsweise des Vorstandes des Reichslandbundes davon nicht abbringen lassen, alles sachlich Mögliche für die Landwirtschaft zu tun. Sie sieht sich jedoch gezwungen, von jetzt an Verhandlungen mit Mitgliedern des Vorstandes des Reichslandbundes abzulehnen.

Wer hätte es für möglich gehalten, daß Agrarier in Deutschland jemals so laut schreien könnten — sogar für Herrn von Hindenburg und die Regierung Schleicher, sogar für den Freiherrn von Braun zu laut? Sie haben wie immer das Rezept verfolgt: schreien, schreien! — und je mehr sie auf Kosten des Volkes erhalten haben, um so lauter haben sie geschrien!

Am lautesten war immer ihr Geschrei, wenn eine Regierung vor ihnen auf dem Bauche rutschte! Die Herren, die jetzt in der Regierung sitzen, wissen das auch, und es ist wohl der eine oder der andere dabei, der das selbst einmal mitgemacht hat!

Die Herren in der Regierung Schleicher sind ja auch alles andere als „Agrarbohoschewisten“, wie die Landblinder selbst Brünning bezeichnet haben! Sie sind wachsam gegenüber den agrarischen Forderungen, und die amtliche Mitteilung läßt erkennen, wie weich sie sind! Sie haben sich für die Agrarier in die Margarine gesetzt, und sind bereit, noch ein übriges zu tun. Wenn von den künftigen Maßnahmen im Interesse der Agrarier gesprochen wird, so fragen wir uns: was werden wir alles noch erfahren und erleben!

Die Herren Agrarier sind überzeugt: uns kann nichts geschehen! Bei dieser Regierung und diesem Reichspräsidenten! Also laßt uns schreien, schreien! Das haben sie hinlänglich in den bekannten Tönen getan. Als der Vetter des Herrn von Rohrdamm aus Schlesien den Reichsminister Freiherrn von Braun als einen „alten kümmerlichen Weihnachtstomann“ bezeichnete, war das erst ein gelinder Anfang.

Wer aber glaubt, daß mit diesem Krach zwischen Regierung und Junkern der agrarische Kurs auf Kosten des Volkes aufhören würde, der täuscht sich! Während die bösen Buben vom Landbund nach die Rute Hindenburgs bekommen, erhalten

sie schon die väterliche Zusicherung, daß neue Liebesgabenbonbons ihrer warten!

Aber die Situation der Regierung Schleicher wird mit diesem Krach nicht besser! Wen hat sie überhaupt hinter sich, wenn sie sich mit ihren eigentlichen Stommitruppen verkracht?

Anfang vom Ende?

In später Abendstunde wurde die Entschliebung des Reichslandbundes bekannt, die den Krach hervorgerufen hat. Es geht daraus hervor, daß es sich um einen außerordentlich scharfen Zusammenprall zwischen der Industrie und den Agrariern handelt.

Diese Entschliebung ist eine offene Kriegserklärung an die Industrie in Tönen, die in ihrer Demagogie und Dreistigkeit von der Reaktion bisher nur gegen sogenannten „marxistische Regierungen“ angewandt worden sind!

Mit dem Zutagetreten dieser Gegenstände aber zeigt sich auch, wie stark die Regierung Schleicher innerlich erschüttert ist!

Die Verhandlungen hinter den Kulissen, die in

den letzten Tagen geführt worden sind, erhalten nach der Enthüllung dieser Gegenstände besondere Bedeutung.

Die Entschliebung des Landbundes

Die Resolution beginnt mit der Behauptung, daß die Vereinerblichung der Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft

„unter Duldung der derzeitigen Regierung ein selbst unter einer rein marxistischen Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß“ angenommen habe, und daß die „Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbesitzerinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“ andauere.

Die Notgemeinschaft des deutschen Landvolks, heißt es zum Schluß der Resolution, stehe zum Aufbruch bereit. Die Führung des Reichslandbundes fordere von jedem einzelnen den letzten Einsatz in dem dem gesamten Berufsstand aufgezwungenen Kampf um die nackte Existenz.

Zuchthaus für Mädchenmord

Der verurteilte Hakenkreuzmörder ruft: Heil Hitler!

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Frankfurt a. M., 11. Januar.

Nach fünfjähriger Verurteilung wurde im Prozeß um die Ermordung der Emma Busse das Urteil verkündet: Der Hauptangeklagte Robert Stubenrauch erhält wegen Totschlages 12 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Ehrverlust. Die Angeklagten Arzt und Eich werden freigesprochen.

Zur Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt: Das Gericht ist der Ueberszeugung, daß ein Mordplan bestanden hat und zur Ausführung gebracht werden sollte. Der gemeinsame Weg der Angeklagten mit der verstorbenen Emma Busse an die Ufer des Mains ist ebenfalls verdächtig. Ueber die entscheidenden Minuten auf der Brücke haben die Angeklagten mehrere, einander widersprechende Angaben gemacht. Das Gericht folgt dem Angeklagten Stubenrauch nicht in seinen Ausreden, sondern nimmt an, daß Stubenrauch überhaupt noch keine wahre Darstellung des Sachverhalts gegeben hat. Daraus folgert das Gericht, daß der Angeklagte Stubenrauch über sein Wissen über den unfreiwilligen Tod der Busse verdirrt. Das Gericht nimmt an, daß Stubenrauch die Tat allein ausgeführt hat, indem er der Busse bis in den letzten Augenblick hinein seine Anteilnahme an einem gemeinsamen Selbstmord vorgetäuscht hat.

Die beiden Angeklagten Arzt und Eich nehmen die Mitteilung, daß der Haftbefehl gegen sie aufgehoben ist, mit freudigem Lächeln auf. Stubenrauch verzieht keine Miene. Erst als ihn sein Anwalt beglückwünscht,

des Anwalts legt, mit den Worten: „Heil Hitler!“

Die Freude des zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilten Angeklagten Stubenrauch über das Urteil beweist mehr als alles Vorhergegangene seine volle Schuld!

Unter den Linden.

Die Straße „Unter den Linden“, die „Avenue der Republik“, ist heute ein Schauplatz der Kämpfer.

Extra-Nummer.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: 68, Lindenstrasse 68, Berlin SW 68, Tel. 292. Montag, den 13. Januar 1933. Expedition: 68, Lindenstrasse 68, Berlin SW 68, Tel. 292.

Das Volk auf der Straße.

Das Proletariat hat sich die Straße erobert! Die Straße ist heute ein Schauplatz der Kämpfer. Die Arbeiter haben sich die Straße erobert. Die Straße ist heute ein Schauplatz der Kämpfer. Die Arbeiter haben sich die Straße erobert.

Heraus mit dem Wahlrecht!

Heraus mit dem Wahlrecht! Die Arbeiter haben sich die Straße erobert. Die Straße ist heute ein Schauplatz der Kämpfer. Die Arbeiter haben sich die Straße erobert.

Kulturfortschritt die Waffe zu bahnen! Die Arbeiter haben sich die Straße erobert. Die Straße ist heute ein Schauplatz der Kämpfer. Die Arbeiter haben sich die Straße erobert.

Vorwärts!

Berlin demonstriert.

Berlin demonstriert. Die Arbeiter haben sich die Straße erobert. Die Straße ist heute ein Schauplatz der Kämpfer. Die Arbeiter haben sich die Straße erobert.

Revolte in der fränkischen SA.

Blutiger Kampf um das Nürnberger Hitler-Haus — SA.-Führer Stegmann abgesetzt

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Nürnberg, 11. Januar.

In Franken ist der Verzeckungsprozess der SA. und der Hitler-Partei derart tief, daß der Gruppenführer der SA.-Franken, Reichstagsabgeordneter Willi Stegmann, durch den aus dem Urlaub zurückgekehrten Röhm seines Postens enthoben und die Gruppe Franken der SA. aufgelöst werden mußte. Mit Stegmann sind eine Reihe Unterführer entlassen worden. Die Gruppe Franken soll mit neuen Führern neu formiert werden.

Kampf mit Bruchialgewalt um das Hitler-Haus

Nürnberg, 11. Januar.

Zwischen mehreren Mitgliedern der NSDAP. und SA.-Leuten kam es heute Nacht im Hitler-Haus zu blutigem Zusammenstoß.

Die Polizei wurde zu Hilfe gerufen und mußte die Ruhe wieder herstellen. Es handelt sich um einen Handstreich der Anhänger von Stegmann auf das Nürnberger Hitler-Haus.

Der Reichstagsabgeordnete und SA.-Führer Stegmann hat seinerzeit gemeinsam mit Heines im Reichstag den gemeinen Ueberfall auf den sozialdemokratischen Journalisten Klog verurteilt, er wurde dafür zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der moderne SA.-Führer, der vor Gericht die bekannten Röhmischen Briefe als Fälschungen bezeichnete, jetzt von Röhm hinausgeschmissen wird!

In der NSDAP. in Franken herrschen im übrigen liebliche Zustände. Dort treibt der Gauleiter Streicher sein Wesen, der eben jetzt in einem Blatte der Naziopposition mit dem Titel „Nazispiegel“ enthüllt wird. Seine ehemaligen Freunde werfen ihm jede erdenkliche Gemeinheit vor, angefangen vom Ehebruch über Betrug bis zum Meineid.

Stegmann hatte erklären lassen, daß er Streicher von seiner SA. hinauswerfen lassen werde, wenn er in einer Versammlung auftauche. Tatsächlich wurde Streicher von SA.-Leuten aus einer Razierversammlung in Ansbach regelrecht hinausgeschmissen.

Fein sieht Hitlers Laden aus!

Osaf auf Reisen

Hitler ist wieder nach Lippe abgefahren. Er löst mitteilen, daß er lediglich mit Göring über interne Parteidinge gesprochen habe. Anlaß dazu hat er genügend, angefangen vom Straßer-Krach über die Geldwünsche seiner Partei bis zu seinen politischen Schmerzen.

Die Hauptsache aber wird eine Besprechung darüber gewesen sein, wie die NSDAP. einer sofortigen Entscheidung im Reichstag ausweichen könne.

Nach der Lippeischen Wahl will Hitler bei Hugenberg vorsprechen.

Was ist mit Luwi los?

Großer Krach mit seinem Alten

Ueber einen schweren Familientrach im Hause Hohenzollern, vor allem zwischen dem Erbtaler und seinem Razijsöhnchen August Wilhelm, wird seit gestern an verschiedenen Stellen und in verschiedenen Formen berichtet. Allerdings auch dementiert, aber die Ablehnungen betreffen anscheinend nur unrichtige Einzelheiten, während der Kern des Konfliktes offenbar nicht dementiert werden kann.

So teilt ein württembergisches Blatt, der „Reutlinger Generalanzeiger“, mit, daß der Herr von Doorn einen

Hausbefehl an sämtliche Familienmitglieder erlassen habe, sich jeder Befähigung bei den Nationalsozialisten künftig zu enthalten.

Der Grund dazu sei die Enttäuschung, die bei den Hohenzollern darüber herrsche, daß die Nazis, anstatt die monarchistischen Restaurationspläne zu unterstützen, sich ausschließlich für eine diktatorische Machtergreifung durch Hitler einsetzten.

Die Behauptung des süddeutschen Blattes, daß sich der Prinz Luwi bereits zu einem längeren Urlaub nach Italien oder nach den Baleareninseln begeben hätte, trifft bisher offenbar nicht zu, da er noch vor wenigen Tagen in dem Berliner nationalsozialistischen Trauerzug neben Goebbels marschiert ist. Es bleibt dagegen abzuwarten, ob die weitere Mitteilung des „Reutlinger Generalanzeigers“ zutrifft, daß mit der Rückkehr des Razijsöhnchens in den preußischen Landtag kaum mehr zu rechnen ist.

Inzwischen erfahren wir aus London weitere Einzelheiten über diesen hohenzollernschen Familientrach, die von verschiedenen großen Nachrichtenagenturen aus Deutschland gedruckt worden sind. (Die angelsächsische Welt interessiert sich nämlich noch immer für das Hohenzollernhaus viel mehr als die deutsche Öffentlichkeit, die die Taten von Wilhelm und seinen Söhnen bei weitem nicht so ernst nimmt wie die englischen und amerikanischen Durchschnittleser.) Danach soll der Konflikt folgende Vorgeschichte haben:

Vor einiger Zeit hielt Luwi als frischgebackene Redneramone der Nationalsozialisten im Berliner Sportpalast eine Rede, in der er seine Verbundenheit mit den Razijskleinbürgern und Proleten dadurch zu unterstreichen und glaubhaft zu machen versuchte, daß er auch einige despektierliche Bemerkungen über den Geist der Potsdamer Hofgesellschaft einflucht und Adolf Hitler weit, weit höher als die monarchistische Restaurationsidee stellte.

Darüber soll nun vor allem Hugenberg, der sich mit Recht als der Führer der eigentlichen Monarchistenpartei betrachtete und der sowieso Krach mit Hitler bei jeder Gelegenheit suchte, sehr erboßt gewesen sein. Er schrieb einen

Protestbrief an den Kronprinzen

und ersuchte darin alleruntertänigst um ein Eingreifen vom Hause Doorn, damit die monarchistische Sache nicht weiter durch die Seitensprünge des hakenkreuzerischen Sohnes Schaden erleide. Der Wortlaut der intimierten Sportpalastrede wurde nach Doorn übermittelt.

Das Familienhaupt berief daraufhin einen eiligen Familienrat ein und wollte zunächst einen Beschluß durchsetzen, wonach allen Familienmitgliedern die Zugehörigkeit zur Hitler-Partei untersagt werde. Da legte sich — immer nach der englischen Version — der Stahlhelmprinz Oskar vermittelnd ins Zeug und man beschränkte sich auf die Forderung, daß Luwi seine propagandistische Tätigkeit bei den Nazis einschränke, ohne förmlich aus der Hitler-Partei auszutreten.

Noch ist der Konflikt neuerdings mit voller Schärfe wieder ausgebrochen, als Goebbels

bei Hitler beantragte, daß Luwi an Stelle von Heildorf, mit dem er sich verkracht hatte, zum Leiter der Berliner SA. ernannt werde. Hitler, der offensichtlich Goebbels in seinem Kampf gegen Gregor Straßer dringender denn je benötigt, war bereit, diesem Wunsch zu entsprechen. (Daher auch die „Urlaubsreise“ des Grafen Heildorf nach Italien.) Auch Prinz Luwi war durchaus nicht abgeneigt, dem väterlichen Ufas zu trohen und diese Beförderung aus den Händen seines neuen Herrn und Gebieters

Japan ohne Hemmung

Großmächte abgewiesen — Vormarsch geht weiter

Amflich wird in Tokio mitgeteilt, daß Außenminister Utschida den Botschaftern der USA, Englands, Frankreichs und Italiens erklärt hat, eine Aenderung der japanischen Politik im Fernen Osten wie auch eine Aenderung der Haltung Japans in Genf könne nicht eintreten. Die japanische Regierung bestche darauf, daß ihr Standpunkt in der Mandchurei-Frage richtig sei.

Dementisprechend dringen japanische Truppen nach zermürbender Beschließung der chinesischen Abwehrkräfte immer weiter in die chinesische Provinz Jehol vor, die westlich und nördlich der bei Schanghai beginnenden Chinesischen Mauer liegt.

Zugleich wird das Erforderliche getan, um auch in Südkina jene typischen Konflikte hervorgerufen, mit denen man später Beschließung, Besetzung und gegebenenfalls auch Annexion à la Mandchurei begründet. Zu diesem Zweck und unter dem bekannten Vorwand des „Schutzes japanischer Interessen“ ist ein japanischer Zerförer

anzunehmen, als wieder einmal der alarmierte Allerhöchste Kriegsherr a. D. wie das Donnerwetter dahinschneidete:

Er drohte dem renitenten Sohne nicht nur Ausschluß aus dem Familienverband, sondern auch den Verlust seines preußischen Prinzentitels an: Luwi würde sich künftig nur noch „Graf von Brandenburg“ nennen dürfen!

Vor dieser Drohung, die ihn auf den Abstieg eines ganz gewöhnlichen Grafen Heildorf herabgewürdigt hätte, soll nun, der englischen Darstellung zufolge, der prinzipielle Razijsproletenfreund doch zurückgewichen sein. Zähneknirschend lehnte er das Angebot von Hitler und Goebbels ab, zumal sein alter Herr auch über die Familienmoneten verfügt.

nach Kanton und ein Minenbock nach Kanton geschickt worden.

Bomben auf Nordchina

Spät abends meldet der Sowjetrundfunk aus der ostsibirischen Stadt Chabarowsk, daß etwa 5000 Mann chinesischer Truppen des Generals Lipu durch überaus heftiges Feuer der Japaner gezwungen worden sind, auf sibirisches Gebiet bei dem Orte Turijewo überzutreten. Die russische Grenzwehr mußte den verfolgenden japanischen Armeeflugzeugen Leuchtsignale geben, nicht weiter zu fliegen, was auch befolgt wurde.

Weiter meldet der Sowjetrundfunk, daß in der Gegend der nordchinesischen Hauptstadt Peiping (früher Peking) japanische Bombenabwürfe ungeheure Zerstörungen anrichteten und eine Massenflucht der Bevölkerung verursachten. Abgeworfen werden Kettenbomben, die bis zu 8 Stück durch Ketten verbunden sind und durch ihre gleichzeitige Explosion an derselben Stelle natürlich die vielfache Wirkung erzielen.

Schüsse auf dem Wedding

Feuerüberfall aus Naziauto — Zwei Schwerverletzte

Gegen 23 Uhr wurde in der Kösliner Straße auf dem Wedding von SA.-Leuten auf das dortige A.P.D.-Verkehrslokal ein hinterhältiger Feuerüberfall verübt. Aus einem Privatauto, das in schneller Fahrt durch die Straße fuhr, wurden von SA.-Leuten auf die Gastwirtschaft zahlreiche Schüsse abgegeben. Zwei Schwerverletzte sind die Bilanz dieser neuesten nationalsozialistischen Schandtat.

Die Verwundeten, ein Mann und eine Frau, wurden in das Virchow-Krankenhaus übergeführt, wo die Ärzte Bedenken, Brust- und Armschüsse feststellten. Wie es heißt, sollen die Schwerverletzten unpolitisch sein. Das alarmierte Ueberfallkommando konnte von den Tätern keine Spur mehr entdecken.

Wie wir weiter erfahren, gafften die Schüsse der SA.-Mordbanditen nicht nur dem A.P.D.-Lokal in der Kösliner Straße, sondern auch einer größeren Gruppe Kommunisten, die aus einer Versammlung in den Pharusälen heimkehrten und gerade in die Kösliner Straße

einbogen. Das Mörderauto war ein kleiner roter Sportwagen. Die Namen der Verletzten sind: Frau Johanna Jüfer, 48 Jahre, Danziger Straße 43, und Golthard Bickner, 34 Jahre, Wiesenstraße 47.

Die lebensgefährlich verletzte Frau Jüfer hatte ihren Schwager in der Kösliner Straße besucht, und gerade als sie das Haus verließ, war sie in den Augetregen geraten. Die Frau dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Naziüberfall auch in der Badstraße

Ein anderer blutiger Zwischenfall spielte sich um 22 Uhr in der Badstraße auf dem Gesundbrunnen ab. Dort überfiel eine Gruppe von etwa 20 SA.-Leuten mehrere Fische-Sportler, die von einem Turnabend heimkehrten. Zwei jugendliche Sportler wurden durch die Hitler-Banditen niedergeschlagen und erheblich verletzt. Durch das rechtzeitige Eingreifen der Polizei konnten die Ueberfallenen vor dem Schlimmsten bewahrt werden. Sechzehn Beeteiligte, darunter 14 SA.-Leute und zwei angeblich Parteiloose wurden festgenommen und der Politischen Polizei übergeben.

die Sozialdemokratie gegen sie den allerhöchsten Kampf führte. Auf ihrer Seite war alle Moral — denn das öffentliche indirekte Privilegienwahlrecht war eine niemals zu rechtfertigende brutale Vergewaltigung. Auf ihrer Seite war alle Logik — denn eine schlimmere Häufung innerer Widersprüche als jenes Klassensystem ließ sich nicht denken. Aber auf der Seite der anderen war die Macht, war der Egoismus einer herrschenden Klasse, der preußischen Junkerklasse.

Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern gehörte neben der Freiheit der Presse, des Vereins- und Versammlungswesens zu den selbstverständlichen Forderungen der Sozialdemokratie von Anbeginn. Die Demokratie war ihr die selbstverständliche Vorstufe zur Erklämpfung des Sozialismus. Aber kein Weg war sichtbar, der aus der Tyrannei ins Freie führte. Unangreifbar stand die Macht des Klassenstaates mit Polizei und Militär. Und die wachsenden Wählerzahlen der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen waren eher geeignet, die Abneigung der besitzenden Klassen gegen eine Wahlreform in Preußen zu steigern, als abzuschwächen. Je höher die rote Flut stieg, desto angestlicher verschanzten sich Krant- und Schlotbarone hinter den Wällen der Privilegienherrschaft.

Unzählige Saalversammlungen waren abgehalten, unzählige Zeitungsartikel gegen die Dreiklassenwahl waren geschrieben worden, als sich die Berliner Sozialdemokratie im Einverständnis mit dem Parteivorstand dazu entschloß, auf die Straße zu gehen. Dieser Entschluß war keineswegs so leicht zu fassen, wie heutzutage mancher Junge denken mag. Straßendemonstrationen waren im alten Preußen streng verboten, sie galten als Anfang der „sozialen Revolution“. Man mußte mit der Möglichkeit rechnen, daß die herrschenden Mächte den Anlaß benutzten, um gegenüber der Sozialdemokratie zu den schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen zu greifen. Und noch steckte die Erinnerung an das Sozialistengejeg vieler in den Gliedern!

Am 12. Januar 1908, einem Sonntag, veranstaltete die Sozialdemokratische Partei Berlins am Vormittag zahlreiche Versammlungen, deren Teilnehmer sich jedoch nach Schluß nicht zerstreuten, sondern gemeinsame „Spaziergänge“ in das Stadttinnere unternahmen. Es wurden keine Fahnen mitgetragen, es wurde nur hier und da gerufen und gesungen. Zusammenstände mit der Polizei wurden nach Möglichkeit vermieden, trotzdem wurde der Polizeijäbel oft geschwungen und es floß Blut. Am Tage danach sprach Wilhelm II. den Schutzleuten seine Anerkennung aus. Das arbeitende Deutschland aber und alle freiheitlich Gesinnten der Welt sahen mit Stolz und neuer Hoffnung auf die Arbeiterdemonstranten des roten Berlin!

Das war vor 25 Jahren. Aber zehn Jahre nach hielt trotz alledem die preußische Dreiklassenaktion, und erst in den Stürmen des Weltkriegs brach sie zusammen. Als Preußen dritter Klasse zogen im August 1914 die meisten ins Feld — und wäre es nach den Junkern gegangen, so wären sie, wenn sie nicht draußen blieben, als Preußen dritter Klasse auch wieder zurückgekommen.

Die Sozialdemokratie denkt mit Stolz an ihre Freiheitstämpfe vor 25 Jahren und später. Sie hat dem deutschen Volk im Reich, in den Ländern bis zum kleinsten Dorf hinab das gleiche Recht errungen. Das Volk wird schließlich auch lernen, sein Recht zu seinem Nutzen zu brauchen, und seine Lehrmeisterin dabei wird die Sozialdemokratie sein!

Reichswirtschaftsrat fordert

Der Reichskanzler empfing am Mittwoch die Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrates Leipart und von Siemens, die dem Kanzler den Wunsch des Reichswirtschaftsrates vortrugen, bei den geschäftlichen Maßnahmen der Regierung in Zukunft in vermehrtem Umfang wieder eingeschaltet zu werden.

Seit an Stelle der ordentlichen Gesetzgebung durch das Parlament der Weg der Notverordnungen beschritten wurde, haben die Ressortminister nur noch selten ihre Vorlagen dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung zugehen lassen. Manche Verordnung würde wahrscheinlich eine andere Fassung erhalten und auch Härten verloren haben, wenn die im Reichswirtschaftsrat vertretenen Sachverständigen der Wirtschaft (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) und der Konsumenten vorher ihr Gutachten hätten abgeben können.

Der Reichskanzler stimmte den Darlegungen der beiden Vorsitzenden im allgemeinen zu und stellte in Aussicht, daß der Wunsch des Reichswirtschaftsrates erfüllt werden wird.

Auf Wohnungsfuche in Berlin

Hohe Mieten, die niemand zahlen will

Kulide besitzt eine nicht herrschaftliche Zweizimmerwohnung, für die man ihm zur Aufbesserung des Grundstücksmarktes ungefähr das gleiche wie für das Essen und Trinken abknüpft. Kulide kann das infolge Zerrüttung seines Notelats nicht mehr bezahlen und geht auf die Wanderhohle der Wohnungsfuche. Angeblich enthält der Berliner Grundstücksmarkt ja eine segensreiche Fülle von leeren Wohnungen.

Nach drei Tagen ist Kulide, der eifrig durch den Berliner Osten wie Westen gepilgert ist, Sachverständiger. Im Gebiet der älteren Stadtteile insbesondere sollen ihm zahlreiche neue „Wohnungskonzerne“ auf, die allerlei Wanzentafelern zu Höchstleistungen bewirtschaften und Kulide als Jagdpächter zu teuren Abschlußpreisen freudlichst einladen. An verschiedenen anderen Stellen fordert man von ihm Mietrückstände, Umzugsvergütungen und aufgelaufene Schulden, so daß Kulide, der leider nicht mit dem Treiser einer Doppel-D-Bank verwechselt werden kann, ganz mies wird.

Wunderbar geraten insbesondere Kuldens Fahrten im Westen. In Halensee, Nähe des Lunaparks, schöne ruhige Straße und gute Verkehrsverbindungen und aufgesummte Schulden, so daß Kulide, der leider nicht mit dem Treiser einer Doppel-D-Bank verwechselt werden kann, ganz mies wird.

Spaß gibt es auch in diesem Gartenhaus, Garten natürlich aus Steinpflaster und ohne Bäume kostet bloß 81 Mark. Im Bayerischen Viertel, Schwabische Straße und Umgebung, ist auch eine schöne Gegend. Man verlangt 89 Mark für zwei EdeLRäume, wiewerl Stock im Gartenhaus, diesmal mit Zentralheizung. „Steht schon lange leer“, sagt der Portier. „Scheint trank zu sein, der Hauswirt“, sagt Kulide. In Charlottenburg, Wohnviertel hinter dem Bahnhof, ist eine Wohnung oben auf dem Dachboden, wo die Ratten ihre Schlachten schlagen, ausgebaut, 5 Treppen, ohne Aufzug, luftiger Trockenboden, 3 1/2 Zimmer, Achtung auf den Hinterkopf, da ein bißchen gekrümmte Dächer, kostet nur 70 Mark, gut in jedem Fall für Schlafentzuren. Tiergartenviertel, beste Lage, gute alte Bohnlichkeit, dort erschließt sich die Janst im Hinterhaus ein Paradies mit Dienheizung und zum Troste gefachtes Bad für 85 Mark — und da zauderst du noch, Kulide? Rügste nicht, denn am Kurfürstendam, der Rennbahnallee der ganz feinen Leute, drohen dir gar drei Zimmer in der Kneipebestraße für bloß 100 Mark; um die Sache nicht lange unbenuzt stehen zu lassen. Körnerberger Platz, allerhand Verkehrsgeräusche, aber sonst nicht zu verachten, daher bloß 85 Mark, drei Räume, Ofen und kein Warmwasser. Ja, die Lage der Hausbesitzer ist heute schwer. Daher lassen sie auch nicht immer was machen. Wenn du ein rechter Deut-

licher sein willst, mußt du am liebsten auch noch die Tapeten oder die elektrische Leitung anlegen lassen, Kulide.

Nach eins, Kulide. Falle nie auf Ankündigungen wie die rein: „Steglich, Zweizimmerwohnung, 48 Mark, Telefon Sowiefo.“ Sowiefo ist nämlich ein Wohnungsbüro, ein treuloser Waffler, er bietet dir die Wohnung zwar durch sein Leiborgan an, aber er rollt sie dir nicht ins Haus, er sagt dir die Nummer nur, wenn du vorher Geld in deinen Beutel tust, und erleichtert dich zeitgemäß um 3 Prozent der ersten Jahresmiete. Die billige, entzückende Zweizimmerwohnung mit Höchstlohnort, Ausblick auf eine Feenlandschaft und Voggia ist inzwischen, während du diese Formalitäten regest, nicht mehr ganz greifbar, da mußt du schon in den fauren Apfel beißen und eine teuerere nehmen.

Dieses, lieber Kulide, sind die schönen Zustände auf dem Berliner Wohnungsmarkt, Anfang 1933. Kein Wunder, daß Berlin ein bißchen entvölkert wird, so ungefähr 60 000 Personen haben wir ja auch schon weniger. Auf diese Weise erfährt du auch, wie es möglich ist, daß wir im alten Jahre, Rekord von zehn Monaten, über 1300 Berliner Häuserblocks unter dem Hammer hatten und über 6200 Grundstücke von Hand zu Hand gingen und noch soundso viel andere vor der Pleite stehen. Über geht nämlich ein Kamel durch ein Nadelöhr als ein Berliner in solche teure Wohnung.

Der Einsamen Tod

Zwei Monate tot in der Wohnung

In der Hansestr. 34 in Neukölln wurde gestern eine furchtbare Entdeckung gemacht. In ihrer im zweiten Stock des Hinterhauses befindlichen Wohnung wurde die 35 Jahre alte Krankenschwester Helene Galat in ihrem Bett liegend tot aufgefunden, und zwar war die Leiche schon stark in Verwesung übergegangen, da der Tod bereits vor etwa zwei Monaten eingetreten war. Nach der Auffindung der Leiche verbreitete sich zunächst das Gerücht von einem Verbrechen, es konnte aber vom zuständigen Kreisarzt zweifelsfrei festgestellt werden, daß die Krankenschwester, die an einem Lungenleiden litt, eines natürlichen Todes gestorben war.

Die späte Entdeckung des Todes der allein wohnenden Frau, die dort eine Zweizimmerwohnung innehatte, ist darauf zurückzuführen, daß Schwester Helene Anfang November v. J. dem Portier des Hauses und anderen Hausbewohnern gegenüber geäußert hatte, daß sie eine Reise zu Verwandten beabsichtigte. Sie hatte auch einen in der Nähe wohnenden Zigarrenhändler beauftragt, für sie Bestellungen entgegenzunehmen und sie ihr nach ihrer Rückkehr auszurichten. Der Tod der Krankenschwester wurde nun gestern durch einen Zufall entdeckt. Eine befreundete Krankenschwester wollte Schwester Helene, die früher im Krankenhaus Westend tätig war, besuchen. Als ihr auf mehrfachen Klingeln und Klopfen nicht geantwortet wurde, wandte sie sich an den Portier, der ihr zunächst mitteilte, daß die Schwester verreist sei. Die Besucherin äußerte aber Bedenken, da sie eine so lange Reise der Schwester für unmöglich hielt, und veranlaßte den Portier für eine Nachbarwohnung aus über den Balkon in die Wohnung einzudringen. Als der Portier die Wohnung betrat, schlug ihm

bereits penetranter Leichengeruch entgegen. Die Leiche der im Bett geforbenen Krankenschwester war bereits in Verwesung übergegangen und völlig entstellte. Der Portier und die Besucherin benachrichtigten die Polizei, da sie zuerst annahmen, daß Schwester Helene möglicherweise einem Verbrechen zum Opfer gefallen sein könnte.

Die Kriminalbeamten stellten dann in Zusammenarbeit mit dem Kreisarzt des Polizeiamts Neukölln fest, daß ein Selbstmord oder ein Verbrechen nicht vorliegen hatte, sondern Schwester Helene eines natürlichen Todes gestorben war. Die Leiche wurde zur Beerdigung freigegeben.

„Krieg“ im Krankenhaus Nazis und Kommunisten

Im Krankenhaus am Friedrichshain spielte sich gestern ein beschämendes Schauspiel ab. Nationalsozialisten und Kommunisten hieben innerhalb der Mauern der Krankenanstalt aufeinander ein. Ein Verletzter blieb auf der Strecke. Der Verwundete mußte sogleich im Krankenhaus aufgenommen werden.

Gegen 14.30 Uhr hatten sich im Vorraum des Krankenhauses Nationalsozialisten und Kommunisten eingefunden, die ihre bei dem fortwährenden Straßenkrieg verlegten Parteifreunde besuchen wollten. Erst gestern abend wurden wieder zwei junge Kommunisten in das Krankenhaus eingeliefert, die im Friedrichshain von der SA. niedergemacht worden waren. Zwischen den feindlichen

Gruppen kam es zu einem heftigen Wortgefecht, das schließlich in eine wilde Schlägerei ausartete. Mit allen möglichen Gegenständen schlugen die Links- und Rechtsradikalen aufeinander ein. Einer der Beteiligten sank bemußlos zu Boden.

Vom Krankenhaus war inzwischen das Ueberfallkommando alarmiert worden. Sieben Mann wurden festgenommen und der Politischen Polizei des Polizeipräsidiums übergeben.

Der greise Don Juan Heiratsschwindler mit 65 Jahren

Im Berliner Polizeipräsidium gab es dieser Tage großes Erstaunen, als einigen Mädchen, die gegen einen Betrüger Anzeige erstattet hatten, das Heiratsschwindleralbum vorgelegt wurde und sie den Gesuchten als den 65 Jahre alten Friedrich Lücke aus der Logostrasse wieder erkannten. Er hatte trotz seines Alters eine ganze Anzahl von Mädchen um die letzten Ersparnisse gebracht.

Lücke hatte unter den verschiedensten Namen — wie etwa Müller, Reichelt, Winkler, Kunert usw. — die Bekanntschaften von Mädchen gesucht, denen er sich als Eisenbahn- oder Justizbeamter ausgab. Die Mädchen hatten den Eindruck, einen Cavalier im Alter von etwa 48 Jahren vor sich zu haben, der sich ihnen gegenüber sehr nett benahm. Sie waren ganz entzückt von ihm und vertrauten ihm ohne weiteres ihre Gelder an, wenn er davon sprach, daß er Geld brauche, um die zukünftige Wohnung usw. einzurichten, bevor man heirate. Er behauptete, ein Einkommen von monatlich 300 bis 350 M. zu haben. Wenn er die Mädchen um ihre Gelder gebracht hatte, verschwand er. Zuvor aber befah der Betrüger noch die Infamie, die Mädchen zu veranlassen, ihre Stellungen als Hausmädchen, Stenotypistinnen usw. aufzugeben, da sie ja doch

in Zukunft, wenn sie ihn heirateten, nicht mehr arbeiten brauchten. Diese Bedensart brachte er bei jedem Mädchen an. Nachher erst stellte sich heraus, welchem gemeinen Betrug sie zum Opfer gefallen waren. Wenn Lücke kein Geld bekommen konnte, dann fing er die Sache anders an. So hatte er einmal die Bekanntschaft einer Witwe gemacht, die aber keine nennenswerten Gelder, dafür aber einen jabelhaften Radioapparat besaß. Lücke verstand es jetzt, der Frau den Apparat abzunehmen und verlegte ihn. Dann ließ sich der fünfundsiebzigjährige, der sich „auf jung“ frisiert hatte, nicht mehr sehen. Den Anzeigenden wurden gestern die Bilder von Heiratsschwindlern vorgelegt. Als sie auf Lückes Photo tippten, war man sehr erstaunt. Lücke ist vor vier Jahren aus dem Zuchthaus entlassen worden, hat eine große Familie und war bisher als Heiratsschwindler bekannt. Er wurde in seiner Wohnung verhaftet.

Direktor wird Fälscher Betrüger festgenommen

Unter dem dringenden Verdacht des Betruges wurde in einem Hotel am Potsdamer Platz der 31 Jahre alte Brauereidirektor Josef Zellmann aus Schwerin in Mecklenburg festgenommen. Ihm wird vorgeworfen Urkundenfälschung, Vertragsfälschung und Fälschung von Bankbelegen. Der Festgenommene wird dem Untersuchungsrichter in Moabit zugeführt.

Zellmann erbte, als sein Vater vor etwa einem Jahre starb, eine große Brauerei in Schwerin. Das Unternehmen ging aber immer mehr zurück, so daß dem Sohne schließlich nichts mehr gehörte. Vor einigen Wochen kam J. nach Berlin und stieg in einem Hotel in der Nähe des Potsdamer Platzes ab. Er trat sehr groß auf. Überall suchte er Verbindungen mit Kaufleuten aus der Getreidebranche. Er erzählte ihnen, daß er eine neue Brauerei in der Provinz einrichten wolle und meinte, daß er persönlich ein neues Brauereiverfahren entdeckt habe, das die Produktion erheblich verbilligen sollte. Um die Geschäftsleute, mit denen er verhandelte, seinen Plänen geneigter zu machen, fälschte er Bankquittungen. Der Trick wurde aber von einem Touragehändler erkannt. Er erstattete Anzeige und J. wurde festgenommen. Jetzt stellte es sich heraus, daß er alle Unterlagen über sein Vermögen gefälscht hatte. Die Brauerei in Schwerin gehört ihm nur noch dem Namen nach. Bei der Polizei meldeten sich bald auch verschiedene andere Kaufleute, die er betrogen hatte.

Berkehr und Kunst Ausstellung im Künstlerhaus

Am Künstlerhaus, Bellevuestraße 3, wird am 14. Januar eine „Fachausstellung für künstlerische Fremdenverkehrswerbung“ eröffnet, die der Hauptausdruck für Fremdenverkehr gemeinsam mit den Verbänden der bildenden Künstler und der Gebrauchsgraphiker veranstaltet. Die Ausstellung gliedert sich in zwei Abteilungen, deren erste eine Schau zeitgenössischer Plakate, Prospekte und Inserate der für den Fremdenverkehr werbenden Institutionen sowie eine Ausstellung guter Reisehandbücher umfaßt. In der zweiten Abteilung zeigen bildende Künstler und Gebrauchsgraphiker Kunstwerke, deren Themen in den Rahmen der Fremdenverkehrswerbung sich einfügen. Etwa 50 Künstler, darunter Baluschek, Hans Baumann, Bohrdt, R. H. Jansen, Kern, Krauß, Langhammer, Georg Lebrecht, Otto Rorgus, Plonke, Sandrock, Seger, Ernst Wihert u. a. beteiligen sich hier.

Nur noch 3 Tage dauert

Gadiel's Inventur-Verkauf.

Trotz des gewaltigen Verbrauchs noch unerschöpfliche Auswahl — trotz hochwertiger Qualitäten ein **Tiefstand der Preise, der nicht wiederkehren wird.** Sichern Sie sich gleich vielen Zehntausenden die ungeheuren Vorteile dieser **einzigartigen Kaufgelegenheit!** BEGINN 2. JANUAR

1 Riesenposten prächtiger Sommerkleider aus verschiedenen guten Stoffen, in schönen Ausführungen Einheitspreis jetzt nur 5.-	Ein großer Posten Nachmittags-Kleider aus nur wertvollen Stoffen, in vielen aparten Formen alle Größen jetzt nur 10.-
Ein Riesenposten sommerlicher Gesellschafts- und Abendkleider aus prachtvollem Georgette, modern verarbeitet, mit Unterleib, in eleganten Formen, Größe 40/54, auch für stärkste Damen jetzt nur 29.-	



Leopold Gadiel
Das Haus für grosse Weiten

KÖNIG-STR. 22-26

Das ungeheure Lager von

Winter-Mänteln

mit seiner unerschöpflichen Auswahl der schönsten Mäntel mit u. ohne Pelz ist durchweg im Preise außerordentlich tief herabgesetzt worden.

Sport- und Übergangs-Mäntel in feinsten Qualitäten für alle Figuren, phantastisch billig!

1 Riesenposten Seal-Plüsch-Mäntel **30.-** hochmod. verarbeitet und fein gefüttert jetzt nur

Ein großer Posten Loden-Mäntel **15.-** für Damen, ausgezeichnete Qualitäten, jetzt nur

Ein großer Posten Gabardine-Mäntel **15.-** raschelle s. Impr. jetzt nur **22.-**

Ein großer Posten Frühjahrs-Mäntel **5.-** aus schönen Stoffen, garverarbeitet jetzt nur **10.-**

Ein großer Post. reineseliden. Oelhaut-Mäntel **13.-** viele Farben, auch große Weiten jetzt nur

Ein großer Posten vorzüglicher Lackmäntel in schöner Ausführung zum Sensationspreis von **6.-** jetzt nur

Ein großer Posten Wollblusen mit römischen Streifen in feinen Macharten jetzt nur **5.-**

Ein großer Posten Sport- und Kleiderröcke in schönen Ausführungen jetzt **5.-**

Ein Posten prachtvoller Morgenröcke aus feinstwoll. gestreift. Flanell mit Kordeleinfaßung u. aufgesetzten Taschen jetzt nur **10.-**

Ein großer Posten Original Wiener Strickwesten in bildschönen Formen, jetzt nur **9.-** **7.-** Ein Riesenposten Original Wiener Strick-Pullover **2.50** mit Ärmeln oder Halbhärm jetzt ab

Reinwollene Strickkleider **10.-** zweifellig, in besonders schön. Strickart, jetzt nur

Ein Riesenposten Damen- u. Herren-Bademäntel aus guten Kravellstoffen jetzt nur **4.50**

Ein großer Posten besonders wertvoller Herren-Bademäntel einfarbig, extra große Weiten jetzt nur **12.-**

Die Stadt des Calmette-Prozesses

Sorgen um einen Kleinstaat — Kindersterben und seine Folgen

Am Montagabend ist der aus Sozialdemokraten und Bürgerlichen zusammengesetzte Lübecker Senat von der Rechts mit Unterstützung der Kommunisten gestürzt worden. Die Bildung eines Rechtsensats ist wahrscheinlich.

Lübeck, einst „Stolze Stadt am Travestrand“ und Königin der Hanse, ist heute sehr trüb geworden. Auf dieser Stadt, deren Bevölkerung im Grunde sehr stark und lebenskräftig ist, deren Katharinen-Schulhaus Thomas und Heinrich Mann, Redlob, Kaddbruch und Arnold Brecht auf der Schulbank saß, lastet der Druck einer furchtbaren Wirtschaftskrise, der man mit dürftigen Palliativmaßnahmen, mit dem, was man heute und gestern, unter Papen und Schleicher, „Konfingentierungspolitik“ und „Autarkie“, „Selbstbewirtschaftung“ nannte, zu begegnen verfuhrte.

Die Handelskammer spricht

Geben wir über die Bilanz des Jahres 1932 der wahrhaft „gutbürgerlichen“ Lübecker Handelskammer das Wort! Da heißt es: „Man hätte erwarten sollen, daß die . . . gleichen Sorgen der Volkswirtschaften aller Nationen mit elementarer Gewalt zu kraftvollen internationalen Verträgen des Wiederaufbaues der Weltwirtschaft hätten führen müssen. Aber, abgesehen von einigen Notbüßen auf kreditpolitischem Gebiet, ist eine großzügige internationale Zusammenarbeit nicht nur ausgeblieben, sondern im Gegenteil sind die Schwierigkeiten noch erhöht worden durch die völkertrennenden Autarkiebestrebungen fast aller Kulturnationen.“ Die erprobte binnenwirtschaftliche Belebung ist nicht erfolgt. Das sieht man und spürt man, wenn man durch den Lübecker Hafen geht. Neben Holland und Dänemark haben sich Finnland, Schweden und die übrigen Ostseestaaten durch die Autarkiebestrebungen in der Ausfuhr ihrer Standardwaren, wie Butter, lebendes Vieh, Holz und Zellulose ernstlich bedroht gesehen, und so legten, was gerade für Lübecks Handel und Verkehr besonders nachteilig war, durch die Politik der Regierung von Papen in diesen Ländern heftige Boykottbewegungen gegen den Bezug deutscher Waren ein. Das war der Grundton, der aus Unterhaltungen mit Angehörigen der Lübecker Kaufmannschaft herausklang. Und diese Mahnung sollte beherzigt werden! Maßgebender als der grüne Fisch in den Ministerien und die Stimme enger Interessentengruppen ist der Kontorfisler in den Expeditionsfirmen unserer Hafentädie!

In Lübeck hat eine unter starkem sozialdemokratischem Einfluß stehende Regierung mehr als ein Jahrzehnt hindurch mit gutem Erfolg regiert. Das spürt man, wenn man hinausgeht und sich die Kolonien draußen ansieht, das empfindet man, wenn man in den lustigen Schulräumen ist, das atmet und lebt in dieser Stadt, die leider immer noch zu Unrecht ein Staat ist und deshalb den Jammer deutscher Kleinstaaterei widerspiegelt. Versippung und Verkleisterung von Haus zu Haus, von Familie zu Familie machen sich in übler Weise geltend. Das haben die Ereignisse gerade der letzten Jahre, als die Banterotte und die Standalprozesse kamen, nur zu deutlich gezeigt. Aber trotzdem ist gerade in Lübeck die Sozialdemokratie auch nach den Bürgerstimmwahlen vom 13. November Liste 1 geblieben. In einer Mittelstadt würdigt man scheinbar positive Leistungen besser und richtiger als in einer durch Porose und Hege durcheinandergewirbelten Weltstadt! Allem parlamentarischen Brauch zumider hat dann die neue Bürgerstimm mit einer diesmal ausnahmsweise funktionierenden Harzburger Mehrheit an Stelle des ruhig und sachlich arbeitenden Sozialdemokraten Ehlers den überheblichen nationalsozialistischen Gastwirt Bannemann zum Vorkämpfer gewählt. Der sozialdemokratische Bürgermeister Genosse Loewig ist durch das Vertrauen seiner Kollegen im Senat wieder auf das laufende Jahr zum präsidierenden Bürgermeister bestimmt worden. Die Nationalsozialisten haben gegen den Gesamtsenat ein Mißtrauensvotum eingebracht, und die bürgerliche Rechte hat wiederum gegenüber Hitler gekämpft und Order pariert. Wahrscheinlich wird ein Senat der Reaktion kommen . . .

Schatten des Kindersterbens.

Wir gehen ins dritte Jahr, seit in Lübeck das furchtbare Kindersterben wüthete, das durch Zuführung von Calmette-Präparaten an Säuglinge mehr als 100 kleine Lebewesen tötete. Es ist zum Prozeß gekommen, und die verantwortlichen Ärzte sind wegen fahrlässiger Tötung nach wochenlanger Verhandlung zu Gefängnis verurteilt worden. Aber dieser Kielensprozeß ist nicht zu Ende, er ist wie ein Alpdruck, der über der alten Hansestadt lastet. Es sind damals Säuglinge als geheilt aus der Pflanz entlassen worden,

aber jetzt, nach Jahren, stellt sich ein häßlicher Ausschlag ein, melden sich Schäden, treten gesundheitliche Nachteile, die niemand ahnen konnte, in Erscheinung.

Und dann ist da der räthelhafte Selbstmord des Vorliegenden in diesem Prozeß, des Amtsgerichtsrats Wiebel. Er hat sich in Hamburg in einem Hotel erschossen, die furchtbare Aufgabe, die ihm nicht nur als Richter,

sondern vor allem als Mensch auferlegt war, gegen hochangesehene Mitbürger aus seiner Heimatstadt, gegen den Stadtmedizinalrat, gegen den Leiter des städtischen Krankenhauses vorzugehen und sie verurteilen zu müssen, hat ihn zermürdet, hat ihn entzwei gemacht. Er mußte ins Sanatorium, er mußte sich verschauen, sich ausruhen nach dieser Mühsal körperlicher und seelischer Art, die er nach dem Urteil aller Anständigen in Lübeck mit Tapferkeit und Anständigkeit durchgeföhrt und durchgelitten hatte. Aber dann kam aus dem völkischen, dem nationalsozialistischen Lager heraus der Ansturm gegen Wiebel. „Er ist schon verrückt gewesen, bevor er nach dem Prozeß ins Sanatorium ging, er war wahnsinnig, als er noch als Vorstehender amtierte. Das ist ein Revisionsgrund. Deshalb Sturm auf Wiebel!“ Der anständige Mann ertrug das nicht, er verschwand, in Hamburg im Hotel, durch Freitod. Aber der Streit für und wider geht weiter. Eines ist dabei

besonders tragisch: Ueber den Streit zwischen Juristen zwischen Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten, zwischen Medizinern, praktischen Ärzten und wissenschaftlichen Sachverständigen scheinen die vielen Kinder vergessen zu werden, die zwischen Brettern und Brettern liegen, und die Eltern, die sehr gemeint haben. Gemüth hat der Lübeckische Staat nach bestem Können geföhrt. Dieser Senat darf sich sehen lassen, das hat vor allem auch seine Handhabung der Gnadenpraxis in langen Jahren gezeigt. Aber Menschenleben, Kinderleben sind zu wertvoll, als daß leeres Wimmern sterbender Säuglinge und verlorenes Schluchzen trauernder Eltern durch den Streit studierier Sachverständiger überhört werden könnten.

Seelische, politische und wirtschaftliche Not in deutscher Mittelstadt, im deutschen Kleinstaat! Appell zu Umbau und Aufbau!

„Kaja“ und ihre Freundin

Räuberische Zigeunerin zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt

Ein Raub mit Gewalttätigkeiten und Fesselungen, wie ihn die beiden Zigeunerinnen, Herzberg, genannt „Kaja“, und Charlotte Reinhardt, am 27. September in der Köpenicker Straße 66 in der Wohnung der Schneiderin Falk begangen haben, steht auch in Berlin wohl einzig da. Die 27jährige Charlotte Reinhardt hatte sich wegen dieser unerhörten Tat vor der Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. „Kaja“ ist flüchtig.

Die Angeklagte, eine runde, kleine, zarte Person, blond, von puppenhaftem Aussehen, trocken immerfort die Tränen. Man traut ihr keinen Raub zu. Der Sachverständige, Medizinalrat Dr. Schlegel, mag recht haben in der Annahme, daß diese ihrem Wesen nach gutmüthige Frau wohl ganz unter dem Einfluß der robusten „Kaja“ gestanden haben muß. Diese Kaja hatte eine tüchtige Verbrecherhülle durchgemacht. Ihr Mann, genannt „Tommerl“, soll fünf Menschenleben auf dem Gewissen haben. Schon im Jahre 1910 hatte er in Sonnenburg eine langjährige Zuchthausstrafe wegen Totschlags zu verbüßen. Nach seiner Haftentlassung folgten weitere Bluttaten. Auch nach Verbüßung einer zweiten langjährigen Zuchthausstrafe legte er sein Verbrecherleben fort. Erst vor kurzem wurde er wieder geföhrt. Die „Kaja“ teilte mit ihm das unflüchtige Leben auf ständiger Flucht durch Deutschland. Sie selbst beging zahlreiche Diebstähle und Betrübungen und wird von acht Staatsanwaltschaften gesucht. Sie war auch die treibende Kraft bei dem schweren Raub in der Köpenicker Straße.

Kaja konnte Frau Falk und deren Wohnung. Im Februar vorigen Jahres erföhnte sie das erste Mal bei ihrem Opfer; sie verstand es, sich Einlaß zu verschaffen, verwickelte Frau Falk in ein Gespräch über Geld, veranlaßte sie, mehrere Geldscheine hervorzuholen, entriß ihr zwei Fünzigmarkscheine und flüchtete. Seitdem ließ Frau Falk keine Zigeunerin über ihre Schwelle. Gerade deshalb schickte die „Kaja“ diesmal die blonde Reinhardt vor. Die Reinhardt erföhnte am frühen Morgen bei der Frau Falk unter dem Vorwand, sich ein Kleid nähren zu lassen; sie entfernte sich auf kurze Zeit, um Stoff zu holen, kehrte kurz nach 11 Uhr zurück. Bald darauf klopfte es, Frau Falk erkannte nicht in der Frau, die Einlaß begehrte, die „Kaja“, die an sie die Frage richtete, ob ein Herr Sowieso hier als Untermieter wohne. Die Reinhardt stellte Frau Falk zur Rede, weshalb sie die Frau auf der Treppe so unfreundlich behandelt habe, und als nun die Tür noch einmal geöffnet wurde, drängte sich die „Kaja“ in die Wohnung und

fiel über Frau Falk her. Die auf dem Boden Liegende wurde gefesselt, um den Hals wurde ihr ein Handtuch gewickelt, dann ging es an die Durchsuchung der Behälter. Man fand nichts, bedrohte das Opfer und warf es schließlich aufs Bett. Bevor beide Frauen, ohne etwas gefunden zu haben, die Wohnung verlassen, deckten sie Frau Falks Kopf mit Kleidern und Kissen zu, so daß diese beinahe ersticke. Erst nach einiger Zeit gelang es ihr, ihre Nachbarin zu alarmieren.

Die Angeklagte behauptet, von der „Kaja“ in den Raubplan nicht eingeweiht gewesen zu sein, sie habe nur mitgetan. Das Gericht verurteilte Frau Reinhardt zu zwei Jahren Gefängnis.

Folgenschweres Silberblei

Was zur mitternächtigen Stunde des 31. Dezember an Schmelzblei vom Vöfel ins kalte Wasser kippt, das formt des Giebers wunschbeseelte Phantasie zu allerhand schönen Dingen. Da gab es nämlich unter den Silberstergießern zwei Jünglinge, Welter ihres Zeichens, die sahen in all den formlosen Bleibahnen zwar keinerlei Wunschgebilde, dafür aber eine flüssige, eindrucksfähige Masse, die ihrer Meinung nach das Konterfeie einer deutschen Reichsmark getreulich wiedergeben müßte. Als sie ihre Ringstunf in mehreren Exemplaren erprobt hatten, gingen sie daran, diese Bleistücke gegen Ware einzutauschen. Ganz so einfach wie diese beiden Falschmünzerdebutanten es sich dachten, ist dies Handwerk aber doch nicht. Die Regierung scheint allzu minderwertig gewesen zu sein, denn es war auf dem bleiernen Raach-Double nicht mal der charakteristische Kranz, der die 1 umschließt, zu sehen. Aber nach dem Motto: Freiheit steht mir bei! versuchten die beiden trotz und allem ihr Glück. Sie hatten aber leider Pech und wurden statt der Pseudomarkstücke bloß ihre goldene Freiheit los. In der bleiernen Falschmünzwerkstatt fand man noch allerlei Reste des edlen Metalls, sowie Schmelzhandwerkzeug. Vor der Polizei gaben die beiden dann das Geheimnis ihrer genialen Idee zum besten. Nun haben sie Zeit und Muße darüber nachzudenken, ob es nicht doch besser ist, Kühe zu melken als Markstücke zu fabrizieren.

„Tom Keller zum Söller.“ Die Führungen durch die Räume und die Besichtigung der Kunstschätze im Neuen Rathaus Schöneberg, Rudolph-Wilde-Platz, haben derart starkes Interesse der

Bürgerstimm gefunden, daß sie nunmehr regelmäßig an jedem zweiten Sonntag des ersten Monats im Vierteljahr wiederholt werden müssen. Die nächste Führung findet Sonntag, den 15. Januar, statt. Treffen um 10 Uhr im Zimmer 67 des Rathauses. Teilnahme 25 Pf., für die Besteigung des Rathaussturmes 10 Pf. Zuschlag. Erwerblos erhalten Freitickets im Volksbildungsausschüß Schöneberg, Rathaus Friedenau, Zimmer 79.

In wenig Worten

Durch einen eigenartigen Unfall wurde in den gestrigen Nachmittagsstunden der Rohrpostbetrieb des Postamtes Berlin SW. 61 gestöhrt. Ein Lastzug mit Anhänger prallte mit großer Wucht gegen die vor dem Hause Belle-Alliance-Straße 1 stehende Litzschäule. Die Säule, in der sich die Stromkabel für den Rohrpostbetrieb des Postamtes SW. 61 befinden, wurde ungerissen und die Stromleitungen zerstöhrt. Bis zur Wiederherstellung der Stromkabel mußte sich das Postamt für aufgelieferte Rohrpostbriefe durch Postboten behelfen.

Der Haupttreffer der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie in der 4 Klasse in Höhe von 100000 Mark ist auf die Nummer 61485 gefallen. Das Glücklos wird in Berlin und Niederschlesien gespielt und ist in Kaptelosen aufgeteilt.

In Berlin verstarb nach langem Leiden die bekannte Sklarek-Hellischerin Elisabeth Seidler, die in okkultistischen Kreisen einen bedeutenden Ruf genoh. Frau Seidler war u. a. auch die Vertraute Mag Sklareks. Sie hat ihn geschäftlich beraten, sie hat ihm auch den Zusammenbruch prophezeit.

Nach langwierigen Ermittlungen nahmen Kriminalbeamte drei Männer fest, die seit einiger Zeit in einer Wohnung in Moabit Spritzfälscherei betrieben. Die Beteiligten haben minderwertigen Branntwein aufgelauft, diesen dann auf Originalflaschen echter französischer Kognak abgefüllt, die Marken mit dem Brandstempel versehen und so in den Handel gebracht.

In dem kleinen Ort Tricase un Apulien entstand durch Kurzschluß in der Vorföhrtabine eines Lichtspieltheaters ein Brand, der auf die dort gelagerten Filme übergriß, aber bald gelöscht werden konnte, wobei nur der Vorföhrt Brandwunden erlitt. Zahlreiche Opfer forderte jedoch die unter dem Publikum entstandene Panik. Unter Schrei sprangen die auf der Galerie Sitzenden besinnungslos auf die Köpfe der Zuschauer im Parkett, und die Menge drängte sich an den Ausgängen. Fünf Personen wurden schwer und 15 leichter verletzt.

Ein am Seefortkreuz bei Lenggries in eine Lavine geratener Skiläufer, nach dem die Rettungsexpeditionen der Laminrettungsstellen Lenggries und Bad Tölz seit Dienstag nachmittag suchten, wurde am Mittwochvormittag tot in der Lavine aufgefunden. Bei dem Bergungsläden handelt es sich um den 24jährigen Maler Wilhelm Bühler aus München. Die Leiche wird von den Rettungsmannschaften zu Tal gebracht und nach München übergeföhrt.

Auf den französischen Schlepptanker „Condot“ aus Strassburg wurde bei Kamp von den Hängen der Berge auf der linken Rheinseite scharf geschossen. In wenigen Minuten wurden etwa 20 Schüsse auf den Dampfer abgeföhrt. Der Dampfer gab Notsignale.

Die ursprünglich für Montag und kommenden Freitag in Lübeck vorgesehene Verhandlung gegen den Berliner Kinderarzt Dr. Genter wegen schuldigster Tötung von drei Kindern ist abermals auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der Senat hat eine Prüfung der Frage eingeleitet, ob es nicht zweckmäßig sei, das Verfahren niederzuschlagen.

Der Arbeiterlichtbildbund, die sozialdemokratische Organisation aller Photo- und Filmamateure, hält am 21. und 22. Januar in Magdeburg seinen Bundestag ab. Im Rahmen dieser Tagung wird vom Vorsitzenden des AB, Paul Franken-Feiß, M. d. L., über die Möglichkeiten der Einföhrenahme auf die Filmproduktion gesprochen werden; außerdem kommen Fragen der politischen Werbung zur Debatte.

Freie Sozialistische Hochschule. In Stelle des verstorbenen Genossen Dr. Hans Staudinger spricht am Sonnabend, 21. Januar, 19 1/2 Uhr, im Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Prof. Dr. Carl Vandenau über das Thema: „Von Kapitalismus zum Sozialismus.“ Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. an den bekannten Verkaufsstellen.

Alt-Berlin. Die nächste Führung durch die verfallenen Winkel des ältesten Berlin veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg am Sonntag, dem 15. Januar. Treffpunkt: 10.30 Uhr auf dem Spütelmarkt, Ausgang Untergrundbahn. Teilnahme 50 Pf. für die Besichtigung von St. Marien 20 Pf. Zuschlag.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands — Bezirk Brandenburg-Grenzmark

Genossinnen und Genossen! Auf Grund des § 27 Absatz 2 des Bezirksstatuts beruft der Bezirksausschüß hiermit den

ordentlichen Bezirksparteitag

zu Sonntag, den 5. Februar 1933, 10 Uhr, nach Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 5 (Landtag).

Tagesordnung: 1. Die Partei im Kampf für die Freiheit des Volkes. Ref. Dr. Rudolf Breitscheid. 2. Bericht des Bezirksvorstandes. Berichterstatter Wilhelm Krüger. 3. Aufstellung der Kandidaten zu den Provinziallandtagen Brandenburg und Grenzmark, Posen-Westpreußen. 4. Stellungnahme zum Reichsparteitag. Wahl der Delegierten. 5. Wahlen: a) zum Zentralvorstand; b) der Revisoren. 6. Anträge, soweit sie durch vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind.

Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen: a) aus den gewählten Delegierten der Unterbezirke und deren Sekretäre; b) aus den Mitgliedern des Zentralvorstandes und den Revisoren; c) aus den Vertretern der Parteipresse im Bezirksverband; d) aus den im Bezirk gewählten Reichstags- und Landtagsabgeordneten und einer Vertretung der Provinziallandtagsfraktionen Brandenburg und Grenzmark, Posen-Westpreußen.

Wir fordern die Ortsvereine auf, zu vorstehender Tagesordnung Stellung zu nehmen. Anträge für den Bezirksparteitag sind bis spätestens 30. Januar an den Bezirksvorstand einzureichen. Die Delegierten, die für die Nacht vom 4. zum 5. Februar Quartier benötigen, werden gebeten, Meldungen rechtzeitig an das Bezirkssekretariat gelangen zu lassen.

Zwei Lebende und ein Toter Roman von Sigurd Christiansen

261

Rognos sah ihn flüchtig an. „Wieso denn?“ Und mit einem merklichen Achselzucken fügte er hinzu: „Manchmal tut's einem ganz gut, von andern Sorgen zu hören. — Da denkt man nicht bloß an seine eignen.“

„Sie sind also krank gewesen?“ Rognos antwortete kurz, ohne ihn anzusehen: „Krank nicht, bloß nicht ganz wohl.“ Das klang, als wollte er nicht weiter davon sprechen. Berger dachte an das, was er ihm einmal über seine Schlaflosigkeit und das Unglück mit seinem Freunde gesagt hatte. Auf solche Dinge verstand er sich. Und so trauten sie schweigend nebeneinander weiter.

Rognos' Wohnung lag über einem Kolonialwarenladen. Das Zimmer war groß, aber so einfach ausgestattet, daß es öde wirkte. Berger war etwas verwundert, vergaß es aber, als Rognos ihm einen Platz am Tisch angeboten und Whisky und Selters vor ihm hingestellt hatte.

Ein paar Schlucke tranken sie schweigend und fühlten sich, nun sie auf einmal allein und Angesicht zu Angesicht saßen, etwas fremd. Die ersten Worte klangen beiderseits vorsichtig tastend. Plötzlich erhob Rognos sich und ging nach einer Pfeife, die auf einem Bord lag; dann eine erneute Wanderung nach dem Tabak und eine dritte nach den Streichhölzern. Dann setzte er sich und stopfte die Pfeife mit nervösen Fingern. Stand wieder auf und stopfte im Stehen weiter. Dann legte er die Pfeife unangenehm wieder weg, ebenso hastig wie er sie geholt hatte.

„Nein“, sagte er. Berger sah verblüfft auf und begegnete einem so krankhaft erregten Blick, daß es ihm das Herz zusammenzog. Bekommen fragte er: „Was ist Ihnen denn?“

Rognos stützte sich mit beiden Händen auf die Tischplatte. Sein Gesicht war unheimlich weiß und er schüttelte sich wie im Fieber. Auf einmal schien die ganze Gestalt sich in einer gewaltigen Kräfteanstrengung zu sammeln.

„Ja“, sagte er langsam und mit Nachdruck, „ich habe Sie diese Tage mit Willen gemieden. Ich weiß nämlich, wer Quisthus getötet hat!“

Ohne einen Laut hatte Berger sich erhoben. — Einige Sekunden standen sie sich gegenüber, erfüllt von einem irrsinnigen Schweigen, Auge in Auge.

Wie ein Blitzstrahl ging in Berger die Wahrheit auf, selbstverständlich, unumwiderrleglich und überwältigend. Und er fragte heiser: „Sie?“

Rognos aber antwortete, ohne seine Haltung zu ändern und mit derselben übermenschlichen Kräfteanstrengung: „Nein. — Aber ich war's, der Ihnen die Kasse nahm.“

Wieder ein Augenblick des wilden Schweigens. Dann hob Berger in einem triebhaften Rausch seine Hand und schlug sinnlos und mit aller Macht in das weiße Gesicht da vor ihm.

Rognos wankte, aber stand gleich wieder regungslos, auf den Tisch gestützt, das Auge unverwandt auf den anderen gerichtet.

Berger wich einen Schritt zurück, schlug seine Augen nieder und ließ seine Hand ohnmächtig und willenlos sinken.

„Nein“, sagte er gedrohen. „Nun ist ja doch alles einerteil.“ Dann sank er auf seinen Stuhl zurück, legte den Kopf in die Arme und fing an zu weinen — wild und lassungslos. Es war kein Weinen mit wilden Tränen, mehr ein schluchzendes, hilfloses Bimmern.

Ohne ein Wort zu sprechen, hatte Rognos sich ihm gegenüber an den Tisch gesetzt. Auf seinem Gesicht lag jetzt eine erstarrte Ruhe. Etwas düster Abwartendes. Dann sagte er: „Ich hätte Sie, werden Sie ruhig — Sie werden alles erfahren.“

Da erhob sich Berger und sah den anderen an, aber er suchte vergebens dessen Blick.

„Ruhig?“ sagte er verzweifelt. „Ruhig?“ Und da Rognos noch immer nicht aufblickte, ging er von Schmerz und Qual überwältigt zum Fenster. Als er sich langsam umdrehte, sah er Rognos' Blick noch immer starr auf den Boden gebettet. Und vor ihm stand der Tisch mit Flasche und Gläsern und alles wirkte in diesem Augenblick so sinnlos. War es nicht eine Ewigkeit her, leit er dort gesessen hatte? In seiner Weisheit wirkte es auf ihn wie eine uralte Erinnerung an glücklichere Tage.

Das ergriff ihn so stark, daß er sich ab-

wenden mußte. Er setzte sich an das Fenster und sah auf die Straße hinab, ohne jedoch zu sehen. Und allmählich befänstigte sich der Sturm in ihm. Ein bitterer, harter Trost fraß sich in ihm fest und tat ihm in einer anderen und tieferen Weise weh. Er zeigte ihm die Notwendigkeit dessen, was heute geschehen war. Aber auch die volle Unbarmherzigkeit, daß gerade er es sein mußte, der neue und einzige Freund. Und auch das Niewiedergutzumachende erkannte er. Das so absolut war und so fürchterlich wie der Tod. Mit einem Ruck riß er sich los von diesen Gedanken und stand auf.

Rognos sah noch immer bleichen und starren Gesichts vor sich nieder. Berger sah ihn an. Und auf einmal war es nicht länger ein Feind, der dort saß. Es war ein Mensch, der etwas Entsetzliches getan hatte, doch

aber einer, der ihm Stunden voller Hingebung und Geborgenheit geschenkt hatte.

Ohne den Blick von ihm zu wenden, ging er an den Tisch zurück und setzte sich still wieder auf seinen alten Platz. „Erzählen Sie“, sagte er.

Es war mehr eine Bitte, als ein Befehl. Und als Rognos langsam das Gesicht zu ihm erhob, fragte er in unterdrückter Beweguna: „Wer hat Quisthus getötet?“

Um Rognos' Rundwinkel bebte es hilflos, sein Blick hatte etwas Bundes und Suchendes, und er zögerte einen Augenblick, ehe die Antwort kam: „Er — — der andre — — mein Freund, der gestorben ist“, sagte er. „Aber er hat es ja nicht gewollt. — So hatte er's ja nicht gemeint. — Wir hatten alles ganz, ganz anders gemeint.“

Er verstummte sah, und indem er den Blick wieder abwandte, griff er nervös nach dem Whiskyglas und tat einen langen, gierigen Zug, wobei seine Hand zitterte. Dann setzte er das Glas auf den Tisch zurück und schob es heftig vor sich.

„Wir wollten ja nicht töten“, sagte er. Es kam wie ein heftiger und gequälter Ausbruch und es litt ihn nicht länger auf seinem Stuhl.

Plötzlich aber wandte er sich und sah Berger gerade in die Augen. „Wir waren weit schlimmer dran als Sie“, sagte er. „Selbst wenn Sie die Kasse gestohlen hätten, was ist das im Vergleich mit dem andern — jemand getötet zu haben?“

Berger hatte ein Gefühl, als ob er an die Wand gestößt würde. „Und doch haben Sie mich verteidigt?“ fragte er.

Rognos sah zu ihm hin und wurde etwas ruhiger.

„Ja“, gestand er. „Um meine eigne Schuld etwas zu mildern. Und aus Dankbarkeit, daß es mir erspart wurde, zu töten.“

„Nur das trieb Sie?“

„Nicht nur das. Es war mir wirklich ernst und darum lag mir ja soviel daran, es einmal auszusprechen, nicht nur zu den andern, sondern direkt zu Ihnen. Denken Sie etwa, es war Zufall, daß ich Sie in dem Lokal da traf? Daß ich mich an Ihren Tisch setzte, war wenigstens keiner.“

„Das war also alles Absicht?“

„Ja, Absicht.“

Berger sah ihn sprachlos an. —

„Und das zweite Mal — am Bahnhof?“

Rognos vermic noch immer, ihn anzusehen. Er nickte nur kurz.

„Ja“, sagte er. „Ich kam an dem Abend einzeln dorthin, um Sie zu treffen.“

„Und dann — alle unsern andern Abende?“ In Bergrers Stimme klang eine Angst, als fürchte er, etwas, was ihm teuer war, zu verlieren. Doch Rognos' Antwort beschwichtigte ihn.

„Da konnte ich es schon nicht mehr lassen“, sagte er. „Ich war so einsam. — Aber es tat mir so weh, wie Sie erzählten, welche Folgen das alles für Sie gehabt hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Eugen Dühring

Zu seinem 100 Geburtstag / Von Hermann Wendel

Als Eugen Dühring am 21. September 1921 zu Romones in mehr als biblischen Alter von achtundachtzig Jahren starb, wehlagte das winzige Häuflein seiner fanatischen Anhänger, daß der reformatorische Geist der „modernen Ära“ von ihnen geschieden sei; um welchen Denker und Forscher, um welche Wissenschafts- und Charaktergröße von unversehrter Bedeutung war, für den Dühring-Bund wenigstens, die Erde ärmer gemordet! Die Welt freilich mußte von dem Sonderling nichts und ging ruhig weiter, es sei denn, daß der eine oder andre Kenner sozialistischer Literatur bei der Todesnachricht aufmerkte und sich fragte, ob der Verstorbene wohl identisch sei mit jenem Dühring, den Friedrich Engels — lang, lang war's her — in einer klaren, knappen, Eugen Streitschrift böß gestriegelt hatte.

Er war es in der Tat, und die Generation der sozialdemokratischen Bewegung, die in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aktiv war oder wurde, kannte Dühring näher und wußte auch um seine Lebensumstände Bescheid. Am 12. Januar 1833 als Sohn eines mittleren Beamten zu Berlin geboren, hatte er es trotz großer Begabung nicht leicht, sich durchzusetzen; den Dreißigjährigen, der eben an der Schwelle der Richterlaufbahn stand, traf überdies der harte Schlag vollständiger Erblindung. Wie er, diesem Gebrechen zum Trotz, das Feld der Wissenschaft zu besetzen unternahm, als Privatdozent an der Berliner Hochschule viel Zulauf hatte, mit seinen Behauptungen anerkannte Autoritäten rücksichtslos vor den Kopf stieß und sich 1877 lieber von seinem Ratheder ernistern ließ als den Nacken zu beugen, machte seiner Willensstärke und seinem Unabhängigkeitsstolz alle Ehre. Auch in den folgenden Jahrzehnten lehnte er alle Zugeständnisse ab und lebte vom Ertrage seiner Feder in fast proletarischer Dürftigkeit, vertragen in seine Gedankenwelt wie der Dachs in seinem Bau und vergeblich auf den Dank der Nation harrend.

Was ihm die Kraft verlieh, in allen Widrigkeiten auszuharren, war ein bis ins Manische gesteigertes Selbstgefühl, das Durchdrungen sein von seinem Eroselberuf, das Bewußtsein, der Welt „positive Wahrheiten“ geschenkt zu haben. In einem, was Charakter und Intellekt anging, stand auf den Hund gekommenen Jahrhundert hatte allein er auf dem Gebiete der Philosophie, der Nationalökonomie und der Literaturgeschichte, der Mathematik und der Physik „grundlegende Werte“ geschaffen, und auch der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen machte nur seine „Sozialistik“ ein Ende, nicht das, was die andern, die Vulscher und Stümper, Sozialismus nannten. Da in den siebziger Jahren die marxistische Betrachtungsweise der deutschen Sozialdemokratie keineswegs schon in Fleisch und Blut übergegangen war, fanden unklare Köpfe wie Johann Rosi an den mit Bolomb vorgetragenen Unklarheiten Dührings Gefallen, und wenn auch manchem sich ihm nähernden sofort, wie Eduard Bernstein, die „krankhafte Enge seines Horizonts“ auffiel, trug ihm doch seine schmächtige Abhällerung in Parteitreffen neue Sympathien ein. Die Abrechnung, die Friedrich Engels unter dem Titel „Herrn Eugen Dührings Ummwälzung der Wissenschaft“, erst im „Volksstaat“, dann als Buch veröffentlichte, fand denn keineswegs den ungeteilten Beifall der Parteigenossenchaft; den

Verfasser des „Kursus der National- und Sozialökonomie“ und der „Kritischen Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus“ anzuprangern als Vertreter einer „vorlauten Pseudo-Wissenschaft, die sich heutzutage in Deutschland überall in den Vordergrund drängt und alles überdient mit ihrem dröhnenden höheren Röchel“, hieß das nicht doch einen schon durch sein Bekennnis zur Sache der Arbeiter verdienten Belehren allzu schnell und schnoddrig abtun?

Aber Dühring heipies durch seine weitere „Entwickelung“, daß das harte Urteil von Engels über seine mit Großparteiell perbrante Oberflächlichkeit nicht zu hart gemessen war. Hatte er erst eine sozialistische Utopie, eine Föderation von Wirtschaftskommunen, denen die Produktionsmittel gehören sollten, als der Weisheit letzten Schluß verkündet, so setzte er später das Privateigentum feierlich wieder in seine Rechte ein, verteidigte das „ehelich erworbenes Kapital“ gegen die „Kassklaffen“ und gab die verwaltene Lösung der Entproletarisierung des Arbeiters und der „Verallgemeinerung“ der Vermögen durch kleine Stammaktien aus. Nach wie vor offenbarte er dabei den unheilbar kleinbürgerlichen Grundzug seiner amüslichen und moralisierenden, unübersamen und reichherberischen Natur dadurch, daß er, jeden historischen Sinnes bar, ohne Organ für eine naturnotwendige Entwicklung, alles auf den Charakter des einzelnen oder einer Gesamtheit zurückführte; um die Welt zu ändern, mußte man die Geisteshaltung der Menschen ändern; die Personen waren wichtiger als die Institutionen.

Was dagegen an dem späteren Dühring neu wirkte, war lediglich die milde Gangart, in der er seinen Gläubigen das Stedenpferd des Rassenwahns vorritt; hei, wie stand ihm der Schaum vor dem Munde, wenn er, sich blühend, daß ER der Erfinder des Rassen-Antifemismus sei, gegen die Juden, „die übelste Ausprägung der ganzen semitischen Rasse“, aufbeuerte! An allem Unheil in der Welt trugen ihm die „Hebräer“ die Schuld, und namentlich erklärten ihm die Sozialdemokratie „ein Judentum“, durch die sich Israel der Welt Herrschaft zu bemächtigen trachtete. Bei einem andern als dem strengen Alkoholgegner hätte man auf ein durch überreichlichen Schnapsgenuss vermisstetes Hirn geschlossen, wenn er seine Erleuchtung ausbreitete, die von Karl Marx verkündete „Expropriation der Expropriateurs“ sei nichts als eine Erinnerung an das in den Büchern Moses verordnete Jubeljahr, das, stets nach siebenmaligen Jahren eintretend, die Rückkehr der Keder an die urfrüchtlichen Besitzer und die Streichung aller Schulden umschließen solle. Nicht minder unzurechnungsfähig legte er bei jedem Ritualmordschwindel seine Hand dafür ins Feuer, daß die Juden aus realistischen Gründen Christenfinder schlachteten, ließ sich in seiner Ueberzeugung von der Schuld des „Bondsverrätters“ Dregfus durch nichts beirren und reizte schließlich ganz unerschützt zu Pogromen auf: „Die Welt hat mit dem Hebräervolk durchgreifend abzurechnen!“ Noch allem ist es der gröseste der grotesken Witz, wenn vor einem Menschenalter ein Benedikt Friedländer der Sozialdemokratie vorwarf, daß sie „in ihrer Ratslosigkeit“ daran sei, sich die Dühringschen Lehren anzueignen.

Nein, die Partei der deutschen Arbeiterklasse

hatte und hat mit diesem wildgemordeten Kleinbürger nichts zu schaffen. Aber wie steht es mit der Partei der wildgewordenen Kleinbürger, den Mannen Hitlers? Ein auf Adolffen Schwörendes Spielerei könnte in der Tat, in die Werke Dührings vertieft, an tausend Stellen, bei dem Geschimpfe auf die „verjudete“ und „volksverräterische“ Sozialdemokratie, bei dem Loben gegen die „Margerer“ und die „Margarillen“, bei dem Gängen mit Engels zu reden, „Richtmaß von Wahrheit und Dreifachigkeit“ glauben, er vernähme „die Stimme seines Herzens“, aber dann kommt ein Sak, wo der Zusammenhang jäh reißt. Was immer der alte Dühring in seiner Wirksamkeit, Verschrobtheit und Verkümmtheit war, ein Anwalt des Kapitals und der herrschenden Mächte war er nicht. Da er von der „Souveränität des Individuums“ ausging, hätte er für die freiwillige Selbstentäußerung von Millionen zugunsten einer „Rührer“-Mitroppe nur Berachtung gehabt, und da er obendrein den Krieg verwarf, den Menschen als Menschen und nicht als Kanonenfutter wertete und gegen den Militarismus einen gelunden Haß nährte, hat er sich selbst dort das Denkmal verwirkt, wo er es mit seiner tollwütigen Judenbege am ehesten verdient hätte: im „Dritten Reich“.

Von Künstlern und Jo

Der schlafende Bülow

Johann von Bülow wollte einmal als Gastdirigent in einer kleinen schwäbischen Stadt, die aber, dank der Tüchtigkeit eines jungen Kapellmeisters, über ein ausgezeichnetes Orchester verfügte. Der Kapellmeister hatte die Musikstücke sehr sorgsam und ganz in Bülows Sinne eingeübt. Nun war es Bülows Meinung, daß der Wert eines Dirigenten sich in dem Proben zeige, nicht am Abend der Aufführung. Jedes Werk müsse so gut eingeleitet sein, daß es auch ohne Dirigenten tadellos klingen müsse. „Publikumsdirigenten“ habe er; und er hatte die Gewohnheit, bei Orchesterproben, die „gingen“, den Taktstock oft halbstundenlang sinken zu lassen — das bedeutete eine gewaltige Anerkennung für Kapellmeister und Orchester. So tat Bülow denn auch hier, und der junge Kapellmeister verstand dies Bob des großen Kollegen durchaus und war glücklich.

Das Lokalblättchen hingegen brachte am andern Tage folgende Kritik:

„Es fällt schwer, den Jörn über den gestrigen Abend, der nur dank der Disziplin unfres Orchesters zu Ende geführt werden konnte, nicht in die Feder stechen zu lassen. Gewiß ist Herr von Bülow ein berühmter Dirigent; er scheint sich aber in letzter Zeit bei seinen Gastspielreisen zu übernehmen. Was soll man jedenfalls dazu sagen, wenn ein Dirigent bei einer öffentlichen Aufführung ganze Viertelstunden lang einfach einschläft...?“

Memo.

Geschichtchen aus Schwaben

Karie am Stammtisch

Karie: „Du, Franz, hast schon g'hört, der Wapen hat g'storbe.“

Franz: „Was du mit sagst. Was hat em denn g'hoht?“

Karie: „G'undheit, Domner. Aber denf dir nur, der hat net amol in'n Sarg net'gange.“

Franz: „Wieso? Bar der zu klein?“

Karie (grinsend): „D moher, net'lege hat mer'n müße, Sempel!“

M. D.

Schicksalswahlen im Konsum

Es geht um Erhaltung und Wiederaufbau — Verärgerung wäre ein schlechter Berater

Am kommenden Sonntag wählen die Mitglieder der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung die Vertreterversammlung, die über die Belegung des Aufsichtsrats und damit auch des Vorstandes der KOB zu entscheiden hat. Die Wahlen erfolgen unter wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, die ernste Anforderungen an die verständige Entscheidung der Mitglieder stellen.

In erster Linie kämpfen miteinander die Liste Genossenschaftsaufbau und die Liste Genossenschaftsopposition. Ein großer Teil der Mitglieder ist arbeitslos, sie sind in großer Not, und dem Rest geht es auch nicht gut. Ist die Not groß, dann neigt der Mensch zum Radikalismus; die radikale Stimmung steigt leicht über die Ratschläge des Vorstandes. Dazu kommt,

daß nicht alle Mitglieder es begreifen, daß eine so furchtbare Wirtschaftskrise wie diese auch an den Konsumgenossenschaften nicht ohne schwere Schädigung, Hemmung der Leistungsfähigkeit und auch nicht ohne Verluste vorübergehen kann.

Die Dezemberbeschlüsse der Vertreterversammlung haben diese verärgerd. Daß noch 2 Proz. Rückvergütung in Guthaben trotz des schweren Krisenjahres gezahlt wurden, wird leicht vergessen gegenüber der Tatsache, daß bittere Wirtschaftsnotwendigkeiten die Abschreibung eines Teiles der Geschäftsguthaben der Mitglieder notwendig gemacht hat. Noch tiefer greift aber die Verärgerung darüber, daß die Sparkasse der KOB noch immer gezwungen ist, Einschränkungen bei der Auszahlung der Spargelder durchzuführen.

Der schwere Ernst der wirtschaftlichen Verhältnisse macht von selbst die Wahlen vom 15. Januar zu Schicksalswahlen. Im Vergleich zur Privatwirtschaft haben die Konsumvereine die Krisenbelastung bisher glänzend überstanden. Es gibt besonders im Zentralverband der Konsumvereine bisher weder Skandale noch große ernsthafte Zusammenbrüche.

Aber jetzt geht alles darum, daß das Grundvermögen der Konsumvereine und damit die schlagkräftigste Wirtschaftswaffe der organisierten Verbraucher erhalten und die Voraussetzungen zu einem noch schlagkräftigeren Wiederaufbau geschaffen werden.

Für diese für jeden wirklichen Genossenschaftler selbstverständliche Aufgabe haben leider die Kommunisten kein Verständnis. Die Konsumvereine stehen im schärfsten Kampf mit dem privatkapitalistischen Handel. Sie dürfen nicht Gegenstand des Parteistampfes und Mittel zur Erreichung von Parteizwecken sein. Wären die Konsumvereine Parteizweck, wie es das Programm der kommunistischen Genossenschaftsopposition will, dann ist ihre Konkurrenzfähigkeit sofort zum Teufel. Die Vergangenheit hat genug warnende Beispiele dafür geliefert. Gerade an die Reizung zum Radikalismus, wie sie die wirtschaftliche und soziale Not erzeugt, knüpfen aber die Kommunisten bei diesen Konsumwahlen an, und es besteht die Gefahr, wenn die wirtschaftliche Einsicht der Mitglieder nicht siegt, daß die Konsumgenossenschaft Berlin ein Spielball der Parteipolitik und das Vermögen der Konsumgenossenschaften, aus fauler verdienten Arbeit ergötzen aufgebaut, zerstört wird.

Nur nüchternes Erkennen der Tatsachen und der Wille zur Selbstverantwortlichkeit

dürfen die Mitglieder am Sonntag bei ihrer Entscheidung leiten. Verärgerung wäre der schlechteste Berater. Wir haben die beiden Hauptursachen der Verärgerung schon genannt. Wir wollen sie im einzelnen betrachten. Wir wollen aber auch die Verantwortlichkeit derjenigen prüfen, die heute für die Liste der sogenannten Opposition werben.

Die Dezemberbeschlüsse waren für manches Mitglied eine Enttäuschung.

Daß der Konsumverein Berlin nach dem glänzenden Aufstieg seit der Inflation auch einmal Verluste ausweisen könnte, das hat man nicht erwartet. Und doch kann nur derjenige immer mit Geminnen auch in schwersten Krisenzeiten rechnen, der noch nicht begriffen hat,

daß es letztlich in einer Konsumgenossenschaft nicht anders zugehen kann als im Haushalt des einzelnen Mitgliedes. Wenn 30 und mehr Prozent an Kaufkraft im Haushalt fehlen, dann fehlen auch 30 und mehr Prozent am Umsatz im Konsumverein.

Die Fabriken bleiben dieselben, die Abgabestellen bleiben dieselben, die Kosten bleiben vielfach dieselben, nur am Personal kann gespart werden. Und dem Personal wurden wahrhaft gewaltige Opfer zugemutet. Werden die Kaufkraftverluste aber so groß, wie sie unter Brüning, Papen und Schleicher den Massen aufgezwungen wurden, dann geht es auch nicht ohne Verluste im Konsumverein. Entscheidend ist, daß der Konsumverein in der Hauptmasse seines Vermögens nicht so ernstlich gefährdet wird, daß seine Lebensfähigkeit in Gefahr kommt. Davon aber kann keine Rede sein.

Es ist gewiß eine bittere Sache, wenn durch Wertminderungen an den Gebäuden und Maschinen, die sich zwangsläufig aus der Krise ergeben, Verluste entstehen, und wenn diese Verluste

dann aus einem Teil der Geschäftsguthaben gedeckt werden müssen.

Über widersprüche es nicht jedem genossenschaftlichen Verantwortungsbewußtsein, nachdem man mit froher Miene von 1925 bis 1932 sich 14,6 Millionen Mark Rückvergütungen gutschreiben ließ, aus denen doch in aller Regel die Geschäftsanteile aufgefüllt werden, daß man seinen Unmut an der Genossenschaft selbst auslasse, wenn einmal in so schweren Krisenzeiten wie jetzt 4 Millionen Verlust aus den Geschäftsguthaben gedeckt werden müssen?

Gemäß ist in der KOB auch viel gebaut worden. Wenn aber die Zahl der Mitglieder um 50 000 steigt, dann muß gebaut werden, und es muß auch dann gebaut werden, wenn die Bankkosten hoch sind, denn der Hauptstrom der neuen Mitglieder erfolgt immer in der guten Konjunktur.

haben aber die Kommunisten ein Recht, heute von Mißwirtschaft beim Bauen zu sprechen?

Weiß nicht jedes Mitglied, daß es gerade die Anhänger der Opposition waren, die bis 1929 und noch bis 1930 immer wieder neue Abgabestellen und auch Warenhäuser verlangt haben, die den privatkapitalistischen Warenhäusern auch äußerlich überlegen waren. Als die Grundstücke für den Ausbau des Warenhauses Dranienstraße angekauft und für die alten Mieter dieser Grundstücke neue Häuser gebaut werden mußten, da wurden diese Beschlüsse einstimmig gefaßt, also auch von der Opposition.

Wie steht es nun mit der Auszahlungsbeschränkung in der Sparkasse?

Niemand kann diese Einschränkung mehr bedauern als die Konsumvereine selbst, denn diese Einschränkung ist ein Herd ständiger Unruhen, der auch auf den Umsatz ungünstig wirkt. Niemand aber kann diesen Herd der Beunruhigung beseitigen außer den Mitgliedern selbst.

Die Konsumvereine des Zentralverbandes, unter denen die KOB an erster Stelle steht, haben hinsichtlich der Sparfassen im Vergleich mit allen privatkapitalistischen Banken bisher Muster-gütliches geleistet. Weit über 100 Millionen Mark, die von den Konsumvereinsparfassen zu-

rückverlangt worden sind, wurden anstandslos ausgezahlt. Zu einer solchen Leistung war bisher keine privatkapitalistische Unternehmung fähig. Weil aber die Einlagen der Sparkassen zugleich der Grundstock sind, aus dem die Konsumvereinsfabriken und Abgabestellen errichtet und bezahlt werden müssen, ist das Vertrauen der Mitglieder zu den Konsumgenossenschaftlichen Sparkassen ein Befehl genossenschaftlicher Disziplin, das einfach nicht verletzt werden darf.

Noch hat kein Mitglied einen Pfennig von seinen Einlagen verloren. Es besteht auch keine Gefahr, daß von den Einlagen ein Pfennig verloren gehen wird. Es ist auch kein Pfennig bedroht, wenn Zuversicht und Vernunft die Mitglieder beherrschen und genossenschaftliche Disziplin geübt wird. Die Bedrohung der Einlagen kommt nicht von innen, d. h. von der Verwaltung, denn die Konsumgenossenschaft Berlin ist heute kerngesund. Diese Bedrohung kommt heute nur von außen, d. h. von der Unruhe unter den Mitgliedern selbst.

Aber ist es nicht beschämend, daß in so ernster Notzeit wie jetzt, wo die Inflation noch nicht ganz vergessen ist und jeder Mensch nach so vielen Bankzusammenbrüchen berechtigt ist, um seine Sparspennige besorgt zu sein, wo aber im Verhältnis zur Privatwirtschaft gerade die „roten Konsumvereine“ sich als besonders leistungsfähig erwiesen haben — ist es nicht beschämend, daß in solcher Lage gerade die kommunistische Opposition die Mitglieder nicht zur Ruhe kommen läßt? Daß die kommunistische Partei auch noch an den Konsumgenossenschaften ihre Parteizuppe locken will?

Es geht um vieles am 15. Januar. Die Mitglieder der Konsumvereine haben in der Politik gelernt, daß der Radikalismus kein Brot geben kann. Aber im Konsum wird den Kommunisten, die sich zu wirtschaftlicher Verwaltung überall als unfähig erwiesen haben, mehr in Gefahr gebracht, als nur politisches Porzellan. Konsumvereine sind Wirtschaftsunternehmen, bei denen die Erhaltung des Wirtschaftsvermögens über Leben und Tod entscheidet. Hier den radikalen Neigungen des Herzens statt den nüchternen Erwägungen des Verstandes zu folgen, ist lebensgefährlich. Darum muß der Parole „Genossenschaftsaufbau“ gefolgt werden.

Zementkrieg im Westen

Außenseiter erzwingen scharfen Preisabbau

In Westdeutschland ist der Zementkrieg zwischen Kartellen und Außenseitern in vollem Gange. Bei den Verhandlungen zur Erneuerung des Westdeutschen Zement Syndikats hatten sich drei große Außenseiterwerke, Brofenberg, Westfalen und Nordstern, zwar bereit erklärt, sich dem Syndikat anzuschließen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Außenseiter, Zementwerk Wittkind sowie das Zement- und Kalkwerk Gebr. Seibel, gleichfalls dem Syndikat beitreten.

Die Verhandlungen mit diesen beiden Außenseitern sind aber geplatzt, weil diese, wie aus Kartellkreisen verlautet, angeblich „unerfüllbare“ Forderungen gestellt haben. Die beiden Werke sollen sich als Voraussetzung für ihren Eintritt ins Kartell die Garantie einer 100prozentigen Ausnutzung ihrer Anlagen ausbedungen haben, was von dem Kartell rundweg abgelehnt wurde.

Die scharfe Ablehnung der Außenseiterforderungen wird von dem Kartell damit begründet, daß die Anlagen der Mitgliedswerke zur Zeit nur mit 10 Proz. (!) ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden.

Diese Mitteilung wirft ein Schlaglicht auf die unhaltbaren Zustände, die infolge der Monopolpolitik der Zementkartelle auf einem dem wichtigsten Baustoffmärkte in Deutschland Platz gegriffen haben. Neunzig Prozent der hochmodernen Betriebsanlagen bei den Syndikatswerken der Zementindustrie, in die man in der Zeit der Hochkonjunktur einige hundert Millionen mahlos hineingesteckt hat, liegen still und verrotten. Die Zementkartelle aber denken nicht daran, freiwillig ihre überhöhten Preise abzubauen und damit den zerrütteten Baustoffmarkt wieder zu beleben. Dieser Preiswucher der Kartelle aber bildet die Lebensgrundlage für das Hochkommen von Außenseitern, die mit Leichtigkeit die Kartellpreise unterbieten und dennoch sehr gut auf ihre Rechnung kommen konnten.

Wie prächtig die Außenseiter im Schatten des Kartellmonopols gedeihen, erhellt am deutlichsten die Forderung einer 100prozentigen Garantie der Anlagenausnutzung, die nur daher resultieren kann,

daß diese Werke im Gegensatz zu der katastrophalen Betriebslage der Syndikatswerke voll beschäftigt sind

und diesen Vorsprung nicht zugunsten des Kartellmonopols ausgeben wollen.

Jetzt, wo es um die Entscheidung geht, ob das Westdeutsche Syndikat seine Mitgliedswerke bei der Stange halten kann oder ob das Kartell —

und damit auch das süddeutsche und norddeutsche Syndikat — aufliegt, ist man auf einmal in der Lage, einen scharfen Preisabbau vorzunehmen.

Mit sofortiger Wirkung haben die drei Syndikate den Ab-Werl-Preis um 25 Proz. herabgesetzt, um mit Hilfe dieser Kampfpreise die Außenseiter abzuwürgen.

Man muß sich bei dieser Maßnahme vergegenwärtigen, was sich bei den Kartellen aller Art und nicht zum wenigsten in den Kreisen der Zementkartelle für ein Geschrei erhob, als die Regierung Brüning — viel zu bescheiden — einen zwangsweisen Preisabbau von 10 Proz. durch Rotorordnung verfügte. Wenn es aber darum geht, das Monopol zu verteidigen, kann man von heute auf morgen die Preise um 25 Proz. abbauen.

Die neuen Kampfpreise sollen zunächst bis zum 15. Februar in Geltung bleiben, denn die Kartellmagnaten hoffen, bis dahin die Rebellen klein bekommen zu haben.

Im Fall dies nicht gelingt, sieht man sich auf ein Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums in der Linie eines zwangsweisen Anschlusses der widerspenstigen Außenseiter.

Wenn im Reichswirtschaftsministerium eine derartige Maßnahme wirklich erzwungen wird, so kann dagegen nicht scharf genug Stellung genommen werden. Ehe nicht die schweren Kapitalverluste durch Sanierungen bereinigt sind und die Preispolitik der Kartelle unter wirksamer Kontrolle gestellt ist, wäre ein Zwangs syndikat gleichbedeutend mit einer Auslieferung der deutschen Baumwirtschaft an das Monopolkapital.

Wirtschaftsführung!

Die Sanierung des Zellstoffvereins

Ein Musterbeispiel deutscher „Wirtschaftsführung“ ist die Pleite der Verein für Zellstoff-Industrie U.-G., Mainz, früher Berlin. Hier hat eine übermäßige Angliederungs- und wahnwitzige Baupolitik (unter Führung des Bankhauses Gebr. Arnhold) zu einem finanziellen Zusammenbruch geführt, der in der allgemeinen Entwicklung keine Entsprechung findet.

Im Mai vorigen Jahres wurde das Vergleichsverfahren beantragt; die Sanierung

soll jetzt mit einem scharfen Kapitalchnitt beendet werden. Durch Verzichte der Gläubiger, Obligationäre und Aktionäre entsteht insgesamt ein Buchgewinn von 20 Millionen Mark, der zur Deckung der Betriebsverluste und für Abschreibungen verwandt wird; die Bilanzsumme für 1931 betrug dagegen etwa 31,8 Millionen Mark!

Die Quelle der Verluste bildete die Uebernahme und der Ausbau der Kothheimer Zellstofffabrik. Den Firmenwert dieses Unternehmens hatte man — ein in Deutschland ungewöhnliches Verfahren — mit 3 Millionen Mark aktivierte; er muß jetzt voll abgeschrieben werden. Außerdem müssen auf die Anlagen weitere 7,2 Millionen Mark Abschreibungen vorgenommen werden. Die Verlusttilgung erfordert insgesamt 10,7 Millionen Mark.

Das Vergleichsverfahren — die Gläubiger erhielten 30 Proz. ihrer Forderungen — brachte einen Buchgewinn von 5,1 Millionen Mark, der Rückkauf von Obligationen einen von 4,0 Millionen Mark. Die Kapitalzusammenlegung von 11,1 auf 0,8 Millionen Mark ergibt einen Buchgewinn von 10,2 Millionen Mark; die Stammaktien (7 Millionen Mark) werden im Verhältnis 20 zu 1, die Vorzugsaktien im Verhältnis 8 zu 1 zusammengelegt.

Das Kapital wurde zunächst auf 5,0 Millionen Mark wiedererhöht. Von Wichtigkeit ist, daß in Zukunft die Schweizer Finanzgruppe Thiel, die schon große Interessen in der deutschen Zellstoff- und Papierindustrie hat, den ausschlaggebenden Einfluß auf den Zellstoffverein haben wird. Die Thiel-Gruppe gibt einen Millionenbetrag als Warenkredit, der später durch eine weitere Aktienbeteiligung abgelöst werden wird. Danach wird die Thielgruppe über die Hälfte des Zellstoffvereinskapitals besitzen. Da die neuen Aktien fast ausschließlich Vorzugsaktien sind, haben die Stammaktionäre nach Durchführung der Sanierung jeden Einfluß auf das Unternehmen verloren.

Enttäuschte Hoffnungen

Berliner Handelskammer skeptisch

Die Hoffnungen auf eine Konjunkturbesserung, die sich an die leichte Belebung im Oktober knüpften und die offiziös so stark genährt wurden, haben sich nicht erfüllt. Nachdem die Chemnitzer Handelskammer schon vor wenigen Tagen festgestellt mußte, daß von verstärkter Konjunkturförderung nach Textilien keine Rede sein könne, stellt der Bericht der Berliner Industrie- und Handelskammer über die Wirtschaftslage im Dezember einen Rückschlag für alle Produktionszweige fest.

Wie der Ruhrkohlenabfall ist auch der Kohlenabfall des westerschlesischen Reviers im Dezember gesunken. Arbeitstägig wurden im Dezember 52 000 (im Oktober 57 500, November 59 000) Tonnen abgesetzt. Der Rückgang bezieht sich nicht allein wegen des milden Wetters auf Hausbrandkohle, sondern auch auf Industriekohle.

In der für Berlin wichtigen elektrotechnischen Industrie war die Entwicklung besonders enttäuschend. Die „günstige Weiterentwicklung der Oktoberbelebung ist nicht nur unterblieben, vielmehr haben im November von neuem die Aufträge wie auch die Anforderung nach Projekten nachgelassen.“ Man hofft aber, daß der bisherige Tiefpunkt nicht weiter unterschritten wird. Im letzten Vierteljahr sind die Auslandsaufträge besonders stark zurückgegangen.

Das Baugewerbe ist im Dezember nahezu vollständig stillgelegt worden. Dement-sprechend unbedeutend war der Zementabsatz. Für die holzbearbeitende Industrie ist gegenüber Oktober ein starker Rückschlag festzustellen.

Wieder Textilflaute

Die Einzelmeldungen über eine absinkende Beschäftigung der Textilindustrie werden vom Arbeitsausschuß der Deutschen Baumwollspinnereiverbände bestätigt. In allen Bezirken des Reichs waren die Umsätze im Dezember gering. Vor allem war der Neuzugang von Aufträgen geringer als in den Vormonaten, so daß bei den meisten Betrieben der Beschäftigungsgrad sank. Die Konkurrenz der durch das Valutadumping begünstigten englischen Spinnereien macht sich am Garnmarkt immer unangenehmer bemerkbar.

Auch der Gesamtverband Deutscher Baumwollwebereien stellt für Dezember einen Rückschlag gegenüber den Vormonaten fest. Die Auftragsbestände hätten sich nicht mehr erhöht, so daß die neuangestellten Arbeiter teilweise wieder entlassen werden mußten. Das Weihnachtsgeschäft hatte erst wenige Tage vor dem Fest zu höheren Umsätzen geführt. Die Auswahrmöglichkeiten für Baumwollgewebe verschlechterten sich dauernd.

Verdreifachter Reingewinn bei Hinz und Küster. Die Kaffeehandelsfirma Hinz und Küster U.-G., die in Berlin und im Reich ein großes Filialnetz unterhält, erzielte im Geschäftsjahr 1932/33 einen Betriebsgewinn von 2,97 Millionen Mark. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben somie 830 000 Mark für Löhne und Gehälter und 1,66 Millionen Mark für sonstige Aufwendungen (ein in seiner Höhe sehr unflarer Posten) wird ein Reingewinn von 73 525 gegen rund 23 630 Mark im Vorjahr ausgewiesen. Der Reingewinn hat sich somit trotz der Verschärfung der Kriegverdreifacht, wozu vermutlich der scharfe Preisverfall bei den Rohstoffen, denen die Fertigmargenpreise nicht entsprechend gefolgt sind, wesentlich beigetragen hat.

Faschismus in Japan

Doch die Stimmung kann sehr schnell umschlagen

Von unserem Korrespondenten

H. B. Tokio, Ende Dezember 1932.*)

Die faschistische Welle hat auch das ferne Inselreich im Osten erreicht. Mit der Verzweiflung, die nach einem Wundermittel gegen die wirtschaftliche Not sucht, verbündet sich der allgewaltige japanische Nationalismus und Militarismus, die durch das mandchurische Abenteuer zur Notglut erhitzen wurden, um dem Gedanken der Diktatur, der Ausschaltung des Parlaments Anhänger zuzuführen. Die jüngeren Offiziere sind ihm anscheinend durchweg verfallen. Sie entstammen fast ausschließlich der Agrarbevölkerung, wie die Soldaten vorwiegend aus dem Bauernstand kommen. Und der neigt jetzt noch der extremen Rechten. Auch unter den Intellektuellen, den Studenten besonders, die wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage die Aussichten auf Anstellung als Beamte oder in der Industrie stark eingeschränkt sind, hat der Faschismus viele Anhänger; er hat einen vagen Sozialismus, der in den älteren Jahrgängen herrschte, abgelöst. Aus diesen Intellektuellenkreisen und aus dem jüngeren Offizierskorps kommen die fanatischen Träger der Propaganda der Tat, die den politischen Mord in der neuesten Geschichte Japans zu einem häufigen Ereignis gemacht haben. Sie wollen die „schwachen“ Regierungen beseitigen, die ihnen gegen China und gegen den Völkerbund nicht energisch genug vorgehen. Der jetzige Premierminister Saito ist auch schon mit dem Schicksal seines ermordeten Vorgängers bedroht worden. Im November wurden mehrere nationalfaschistische Verschwörer verhaftet, die umfassende Pläne zur Ermordung führender politischer Personen und zur Errichtung einer Diktatur verfolgt haben. Bei einer dieser Verschwörergruppen in der Universitätsstadt Sendai wurde ein ins einzelne gehender Plan gefunden, wie die Stadt nach der Erhebung unter Terror zu setzen sei; in dem vagen Programm, das bei diesen Reaktionen stets mit einer Ergebnissicherung für den Kaiser beginnt, war auch ein nicht näher bestimmtes Vorgehen gegen den Kapitalismus verheißt.

Eine kräftige Stütze hat diese Bewegung in den Organisationen der ehemaligen Soldaten, in denen Offiziere den Ton angeben. Aus diesen Kreisen kam jüngst, als die halbjährige Prozession der Würde des Ministerpräsidenten Inukai angeführt wurde, die Forderung, daß diese „patriotischen Männer“ freigesprochen werden sollten. Was nicht etwa einen Entlastungsturm im Lande erregte. Einige Blätter haben zwar erklärt, daß die „äußerste Rechte ebenso gefährlich sei wie die äußerste Linke, aber es muß sich erst noch erweisen, ob die Rechtsverschwörer ebenso scharf bestraft werden wie die wirklichen oder angeblichen Kommunisten.

Eine heftige Gärung im japanischen Volke ist unvermeidbar.

Was wird aus ihr hervorgehen? Welchen Einfluß wird sie auf die auswärtige Politik des Landes haben? Bisher herrschten die beiden bürgerlichen Parteien, die Seiyukai und die Minseitō, die einander ablösen; beide nur wenig voneinander unterschieden, wenn auch die letztere mehr die Interessen des mobilen Kapitals vertrat und etwas liberalisierter, während die andere mehr dem Grundbesitz diene und etwas konservativer schillerte. Diese beiden traditionellen Parteien behielten die Herrschaft auch weiter nach der kaiserlichen Erweiterung des Wahlrechts, das jetzt ein gleiches und allgemeines Männerwahlrecht ist. Die vielen Millionen neuer Wähler haben bei der letzten Wahl das Ergebnis nicht wesentlich verändert — das einzige Neue war der Einzug von 5 Sozialisten in die Kammer, die 466 Abgeordnete zählt. Die Macht der beiden alten bürgerlichen Parteien erschien noch für lange gesichert. Da änderte der Terror der Rechten das Bild. Nach der Ermordung Inukais wurde unter Baron Saito, der keiner Partei angehört, ein Kabinett gebildet, das, wenn ihm auch einige Männer aus beiden Parteien angehören, über den Parteien stehen soll. Eine Konzession an die faschistische Strömung, die ein Parteikabinett vertritt.

Möglich, daß diese Entwicklung weitergeht, daß die starke faschistische Bewegung die alten Parteien zerlegt und neu schafft. Haben sich doch die älteren Intellektuellen, die bis dahin sehr liberal und antimilitaristisch waren, fast ausnahmslos der Welle der Kriegsbegeisterung und Reaktion gebeugt. Bei der Schwäche der jungen Arbeiterbewegung und ihrer Zerissenheit in verschiedene Fraktionen und der geringen Widerstandskraft der bürgerlichen Parteien gegen nationalfaschistische Strömungen scheinen daher das

Vormarschreiten des Faschismus und ebenso die jähe Fortführung des mandchurischen Krieges vorerst sicher.

Der Ausgang des Kampfes um die Mandchurei wird damit zu einer Schicksalsfrage für das Land. Die Weltkrise ist von Japan als ein günstiger Faktor in seine Rechnung eingestellt worden, weil sie die anderen Mächte zur Zurückhaltung zwingt. Aber sie nagt nun auch an Japans Kraft selber, und der Widerstand Chinas ist zäher, als erwartet wurde. Wird Japan trotz der Not im eigenen Lande bis zum erfolgreichen Ende durchhalten können? Wenn es das nicht kann, wie die

Chinesen hoffen, so kann das den Zusammenbruch im Innern nach sich ziehen. Die japanische Geschichte lehrt, daß hier geistige und politische Wendungen sehr schnell einzutreten pflegen. Wird die steigende Last im Innern unerträglich oder endet der äußere Kampf mit einem Mißerfolg, so ist eine

starke Umwälzung im Innern sehr wahrscheinlich.

Die jetzt ohnmächtigen antiimperialistischen Kräfte, die in den intellektuellen Kreisen latent sind, können dann plötzlich wieder die Kraft gewinnen, die öffentliche Meinung zu beherrschen, und damit wäre das Ventil zu einer Entwicklung geöffnet, deren Ausgang nicht abzusehen ist.

Auf den mandchurischen Schlachtfeldern und in den Szigungen des Völkerbundes kämpft Japan nicht nur um die mandchurische Beute — seine Vertreter kämpfen um die Existenz des militaristischen, imperialistischen Japans, um die Herrschaft der feudalen und kapitalistischen Oberschicht, die sich bisher hinter der dünnen Dekoration der konstitutionellen Einrichtungen erhalten hat und sich nun bedroht fühlt von der sozialen Gärung, die den Volkskörper erschüttert.

Hanischs letzter Weg

Abschied vom gemeuchelten Jugendgenossen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 11. Januar.

Die Arbeiterbevölkerung der schlesischen Hauptstadt hat am Mittwochmorgen den von verbrecherischer Nazihand gemordeten Jungarbeiter Feih Hanisch zu Grabe getragen. Etwa 18 000 bis 20 000 Menschen waren trotz des kalten Schneewetters zusammengeströmt, um dem toten Kampfgefährten das letzte Geleit zu geben.

In einer Trauerfeier rief der Bezirksführer der Sozialistischen Arbeiterjugend dem gemeuchelten Freunde den letzten Gruß nach. Am offenen Grabe gedachte Ernst Zimmer, Vorsitzender des Ortsvereins Groß-Breslau der Sozialdemokratischen Partei, des toten Kameraden. Er schilderte nochmals die Abscheulichkeit der Tat und kennzeichnete den hakenkreuzlerischen Ungeist der Gewalttätigkeit und des Fanatismus, der wieder ein junges Menschenleben brutal ausgelöscht habe.

Nazis gegen Gemeinden

Zerstörung der Selbstverwaltung in Anhalt

Deffau, 11. Januar.

Das Befehlsblatt enthält eine neue Verordnung des Staatsministeriums über die Haushalts-



Wir bemerken ausdrücklich, daß wir keinen Krieg führen.

führung der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Grundgesetz „Keine Ausgaben ohne Deckung“ wird so erweitert, daß künftig ein Gemeindeparslament nicht einmal Anträge verhandeln darf, die diesen Grundgesetz nicht beachtlichen. Weist ein Gemeindevorstand dennoch Zahlungen an, durch die eine Haushaltsüberschreitung unvermeidbar wird, so haftet er der Gemeinde für die von ihm veranlaßte Zahlung, und weist ein Beamter schuldhaft eine Zahlung an, zu der die Gemeinde nicht verpflichtet ist, so ist er der Gemeinde zum Schadenerfolg verpflichtet. Von Bedeutung ist auch die Bildung eines überörtlichen Prüfungsverbandes, dessen regelmäßiger Prüfung ihres Haushalts, Kassen- und Rechnungswesens sich jede Gemeinde zu unterziehen hat. Endlich können die Gemeinden die Beschlußzuständigkeit für bestimmte Geschäftszweige beschließenden Ausschüssen übertragen, die die Gemeindevertretung aus ihrer Mitte wählt.

Beigelegt. Die Beschwerde Bolens über den Hinweis des Londoner Funkensagers am Silvester auf Bolens gewaltige Riistungsausgaben ist beigelegt. Der oberste Rundfunkchef Sir Keith hat dem polnischen Botschafter Skirmunt einen Entschuldigungsbesuch gemacht.

„Nationale“ Bundesgenossen

Hugenberg, die SA, und die Verwilderung der Sitten

Hugenberg hat an die Witme des von Steintiner SA-Leuten ermordeten Oubsbeigers Steinicke, der deutschnationaler Kreisvorsitzender im Kreise Radow-Pommern war, das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Zu dem erschütternden Verlust, der Sie und die Ihrigen dadurch traf, daß feige Saubiten Ihren Gatten niederschossen, spreche ich Ihnen zugleich im Namen der Deutschnationalen Volkspartei, für die sich der Verstorbene stets rastlos und treu eingesetzt hat, die aufrichtigste und herzlichste Teilnahme aus. Möchte endlich die Zeit kommen, wo Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Deutschland wieder hergestellt und der Verwilderung der Sitten mit harter Hand gesteuert wird.“

Wer ist mitschuldig an der dauernden Störung der Sicherheit und Ordnung in Deutschland, wenn nicht Hugenberg, wer hat geholfen, die braune Pest großzuziehen, wenn nicht Hugenberg, wer hat Hitler gemäht, bis er groß war, wenn nicht Hugenberg?

Allen Versuchen, der Verwilderung der politischen Sitten mit harter Hand zu steuern, haben Hugenberg und die Seinen lautes Geschrei entgegengesetzt — zuletzt noch beim Verbot der SA, unter der Regierung Brüning!

Noch heute erblicken Hugenberg und die Seinen in Hitlers SA, „nationale“ Bundesgenossen! Das Blut der von SA-Leuten ermordeten Deutschnationalen und Stahlhelmer ist der Tribut, den Hugenberg und der Stahlhelm für diese Bundesgenossenschaft zahlen!

Sozialistische Arbeit

Die Vorschläge der schwedischen Regierung im Reichstag

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Stockholm, 11. Januar.

Am Mittwoch wurde der neue Reichstag feierlich eröffnet. Die sozialdemokratische Regierung legte bereits in der Eröffnungssitzung den Etat vor. Er enthält alle von dem Kabinett angekündigten radikalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.

Durch eine 20prozentige Erhöhung der Vermögens- und Einkommenssteuern, eine Verdreifung der Erbschaftsteuer sowie eine höhere Besteuerung von Alkohol und Tabak sollen die Staatseinkünfte um rund 70 Millionen Kronen gesteigert werden. Von den Sparmaßnahmen wird in erster Linie das Militärwesen betroffen, dessen Budget um 20 Millionen Kronen gekürzt werden soll. Zur Finanzierung der Notstandsarbeiten, deren Umfang eine völlige Liquidierung der Arbeitslosigkeit verbürgt, sind 241 Millionen Kronen vorgezogen, die zum Teil durch eine innere Anleihe ausgebracht werden sollen. Außerdem kündigt die Regierung die Einführung der Arbeitslosenversicherung und eine durch die Kreuzer-Währung hervorgerufene verschärfte staatliche Kontrolle aller Industrieunternehmen und Banken an.

Die Arbeitsbeschaffung

Die sozialdemokratischen Forderungen im Ausschuß

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags setzte am Mittwoch seine Beratungen über die Arbeitsbeschaffung fort.

Aufhäuser (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Gesetzentwurf über eine planmäßige Arbeitsbeschaffung, der durch den Gerechtigkeitsplan in keiner Weise abgelöst worden sei. Das Arbeitsbeschaffungsprojekt des Reichskommissars sei viel zu eng gehalten und bringe nur für etwa 200 000 bis 250 000 Erwerbslose Beschäftigung.

Die Sozialdemokratie legt in ihrem Arbeitsbeschaffungsplan entschiedenen Wert auf besondere Maßnahmen für die Jugendlichen und für die langfristigen Erwerbslosen.

Die kollektive Selbsthilfe der Erwerbslosen nach dem SPD-Antrag habe den Zweck, Erwerbslose für Erwerbslose zu beschäftigen und in Verbindung mit den kommunalen Maßnahmen Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Schuhwerk, Kleidung, Wäsche usw. herzustellen. Aufhäuser wandte sich nochmals entschieden gegen die Beibehaltung der Einstellungsprämien. Es müsse zum allermindesten verhindert werden, daß weiterhin Steuergutschriften an Unternehmer ausgegeben werden, die ohnehin schon mit öffentlicher Unterstützung aus der Arbeitsbeschaffung bedacht worden sind.

Ein entsprechender Antrag, wonach bei solchen Unternehmungen die Einstellungsprämien in Wegfall kommen, wurde angenommen.

Rädel (Komm.) wendet sich gegen die im sozialdemokratischen Antrag enthaltenen Vorschläge zur kollektiven Selbsthilfe der Erwerbslosen und zur Schulung jugendlicher Erwerbslosen!

Dreher (Soz.) bezeichnet eine Neukurierung des Abg. Rädel (Komm.) über das Reichsministerium zur Jugendberühmung als Landesverrat. Zuruf von Rädel: dann müssen Sie die „Berliner

Illustrierte“ auch verbieten!) Dreher: Dafür sind wir, die „Berliner Illustrierte“ gehört zu Ihnen.

Elffe (Soz.) stellt gegenüber den kommunistischen Angriffen fest, daß es für eine Arbeiterpartei unerhört wäre, die Vorschläge zur kollektiven Selbsthilfe der Erwerbslosen und zur Schulung jugendlicher Erwerbsloser abzulehnen.

In seiner Erwiderung stellt Rädel (Komm.) dann in Aussicht, doch für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen.

In Verbindung mit den Arbeitsbeschaffungsdebatten bringt die Sozialdemokratie einen weiteren Antrag ein, in dem die gesetzliche Einführung der Fünftagewoche bzw. Vierzigstundenwoche verlangt wird.

Frau C. Schroeder (Soz.) wendet sich gegen einen Teil der Zentrumsvorschlüge, insbesondere soweit es sich um die Benachteiligung jugendlicher Erwerbsloser und die Einschränkung von Bauten in eigener Regie handelt. Die beanstandeten Teile des Zentrumsantrags werden alsdann auch abgelehnt.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wird die Beratung des Antrags auf Arbeitszeitverkürzung mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten vertagt.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf über planmäßige Arbeitsbeschaffung wird dem Haushaltsausschuß zur endgültigen Beratung überwiesen, um dort auch gleichzeitig über die vorgeschlagene Finanzierung entscheiden zu lassen.

Ein Antrag des Zentrums, die freien Stellen nachweise in der Arbeitsbeschaffung mit den Arbeitsämtern gleichberechtigt zu machen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

In seiner nächsten Sitzung, am Dienstag, dem 17. Januar, wird sich der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags zunächst mit allen Anträgen zur Arbeitsdienstpflcht beschäftigen.

*) Siehe „Vorwärts“ vom 8. Januar.

Der Zwang zur Vierzigstundenwoche

Jouhaux' Kampfrede — Deutsche Unternehmer gegen deutsche Regierung

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 11. Januar.

Die allgemeine Aussprache der Vierzigstundenkonferenz begann mit der Festlegung der Geschäftsordnung, wobei auf Antrag Spliedi-Deutschland zum Ende die Uebersetzung aller Reden auch ins Deutsche beschlossen wurde.

In einer groß angelegten Rede setzte der Vorkämpfer der Arbeitergruppe Jouhaux-Franzreich die Gründe für die Forderung der Vierzigstundenwoche auseinander: Die Arbeiter haben die Konferenz angenommen, obwohl sie der Meinung sind, daß der Erfolg nicht den Erwartungen der Anreger dieser Konferenz entsprechen kann.

Man hat versucht, die Krise durch Senkung der Löhne zu bessern. Das Gegenteil ist eingetreten: Die Wirtschaftslage ist dadurch noch verschlechtert worden.

Durchschnittlich ist der Lohnanteil am Gestehungspreis nur 25 bis 30 Proz., der größte Teil der Gestehungskosten bleibt also unberührt. In allen Ländern herrscht eine Ueberkapitalisierung der Industrie. Bei steigenden Kapitaleinkünften und steigenden Renten gehen Beschäftigung und Löhne ständig zurück. Man verfolgt keine Deflation, daher kann keine Herabsetzung der Gestehungskosten erreicht werden.

Die Arbeitergruppe wird nicht dulden, daß durch die Arbeitszeitverkürzung eine Herabsetzung des Lebensstandards der Arbeiter eintritt.

Die jetzigen Reallohne stellen ein Lebensminimum dar, an das nicht gerührt werden darf, wenn nicht die Kaufkraft schwer geschädigt und die Krise neu verschärft werden soll. Vor allem muß Klar entschieden werden, wohin der Weg geht. Die Vierzigstundenwoche ist nicht nur eine soziale, sondern auch eine industrielle und wirtschaftliche Forderung. Alle bisher angewandten Mittel haben versagt!

Jouhaux verlas die Arbeitslosenziffern der einzelnen Länder, aus denen sich ergibt, daß

mehr als ein Sechstel der Arbeiter in der Welt keine Beschäftigung

haben. Das ist der eklatanteste Bankrott der herrschenden Wirtschaftsordnung. Man muß die Mittel anwenden, die von der Entwicklung vorgezeichnet werden. In der Verteilung der Arbeit und ihrer Produkte müssen überdies die unerlässlichen Reformen vorgenommen und grundlegende neue Wege gegangen werden. Es ist nicht möglich, noch weiter 30 Millionen zur Arbeitslosigkeit zu verurteilen. Solange dieser Zustand anhält, kann kein öffentlicher Haushalt ausgeglichen werden. Trotz aller Anstrengungen werden ständig die Einnahmen sinken und die Ausgaben wachsen. Wieder schleuderte Jouhaux furchtbare Ziffern in die Versammlung, nämlich

die Milliardensummen für Arbeitslosenunterstützung in allen Ländern.

Durch die technische Entwicklung kommen starke Arbeiterkontingente für immer außer Arbeit, besonders die meisten Arbeiter über 45 bis 50 Jahre. All das bildet einen Zwang zur Herabsetzung der Arbeitszeit. Wohin müßte der Ausbruch der Verzweiflung arbeitsloser Massen in allen Ländern führen!

Jouhaux verlangte von der Konferenz endlich die Angleichung der Arbeitszeit an die gesteigerte Produktionsfähigkeit. Nicht nur die Regierungen, sondern auch Industrielle haben die Herabsetzung der Arbeitszeit verlangt. Die Konferenz muß diesen Weg entschlossen beschreiten. Die internationale Arbeitsorganisation ist dazu da, etwas Gerechtigkeit in den Arbeitsprozeß zu bringen. Man muß mit Ja antworten auf die von der Arbeiterchaft gestellte Frage. (Stürmischer Beifall.)

Die Erklärungen der Regierungsvertreter in der Nachmittagsitzung waren insofern von besonderer Bedeutung, als die Stimmen der Regierungsvertreter den Ausschlag zum Abschluß einer Vierzigstundenkonvention geben.

Nur die sozialdemokratische schwedische Regierung sprach sich rückhaltlos für die Vierzigstundenkonvention aus. Sie kündigte zugleich an, daß sie eine Konvention nur ratifizieren könne, wenn es bei den jetzigen Löhnen bleibe. Spanien ist für die Konvention, sobald die meisten Industrieländer mitmachen. Frankreich will erst die Stellungnahme der anderen Regierungen abwarten. Offen gegen die Konvention erklärte sich die englische Regierung, deren Vertreter die englischen Arbeiter gegen die des Kontinents auspielen wollte.

Starke Argumente für die Arbeitszeitverkürzung leitete der deutsche Regierungsvertreter Dr. Sighler. Die Reichsregierung sehe in der Vierzigstundenwoche

nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der klugen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Wende man sie klug an, so könne man zu aus-

gezeichneten Ergebnissen kommen. Die Mißerfolge in der Arbeitszeitverkürzung, soweit sie in Deutschland schon vorgenommen worden sei, seien aus internationalen Gründen zu erklären, was die deutsche Regierung noch mehr überzeugt habe, daß ein internationales Abkommen notwendig sei. In Deutschland habe man die Erfahrung gemacht, daß die Erhöhung der Gestehungskosten infolge der Einstellung von mehr Arbeitern aus der Arbeitszeitverkürzung unbeträchtlich gewesen sei, etwa nur ein Prozent der allgemeinen Inkosten.

Eine solche geringe Kostensteigerung werde bei weitem ausgeglichen durch die Verminderung der Gewerbesteuerlasten als Folge von Mehreinstellungen.

Die deutsche Regierung halte die Erhaltung der Löhne im Rahmen des Möglichen für notwendig, überall da, wo sie durchführbar sei. Aber sie glaube nicht, daß man durch eine Konvention allen Ländern die Erhaltung der bestehenden Löhne auflegen könne. Das technische Argument gegen eine kürzere Arbeitszeit sei völlig unhaltbar. Die Industrie werde sich technisch überall sehr leicht der verkürzten Arbeitszeit anpassen, wie sich bereits gezeigt habe. Die Konvention müsse aber in ihrer Dauer begrenzt werden auf die Krise. Auch sei ein Mitgehen der meisten Industrieländer sowie der außer-europäischen Konkurrenz unerlässlich.

Klarer Weg in der BVG.

Die Funktionäre für Brot

Am Mittwoch nahmen die gesamten Funktionäre der freien Gewerkschaften der BVG im großen Saal des Hofes den Bericht des Betriebsratsvorsitzenden, Genossen Flieger, über die allgemeine wirtschaftliche Lage im Betrieb entgegen.

In seinem Bericht schilderte Flieger auch eingehend den von den Kommunisten und Nationalsozialisten hinterlassenen Scherbenhaufen, der durch den Streit im November entstanden ist und legte eingehend klar die schwere Arbeit des Betriebsratsausschusses und der freien Gewerkschaften, um die Folgen des Streits zu beseitigen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Beschäftigten im Betriebe aus dem Streit die Lehren ziehen mögen, daß in Zukunft die verbrecherischen Parolen der Moskauerhänger und die der Verbündeten des Dritten Reiches nie wieder Unglück und Elend und Tausende von Arbeitern bringen können, wie in dieser Bewegung durch die gänzliche Unfähigkeit ihrer Anführer.

Die versammelten Funktionäre nahmen ferner Stellung gegen die Maßnahmen der Justiz im Falle Brot. Sie erklärten, daß diese Maßnahmen sich gegen Brot wenden wegen dessen inniger Verbundenheit mit der Arbeiterklasse.

Unter Brot als Personalleiter hat die Arbeiterchaft im Betrieb der BVG unverkennbare wirtschaftliche und soziale Errungenschaften erzielt, wodurch Brot sich in steigendem Maße den Haß der Reaktion zugezogen hat, der durch die kommunistische und nationalsozialistische Hege gestützt und geführt worden ist.

Am Schluß der imposanten Versammlung gelobten die Funktionäre, bei den kommenden Wahlen zur Befreiung der Posten der verschiedenen Körperschaften in den freien gewerkschaftlichen Organisationen, durch tatkräftige Agitation und Aufklärung dahin zu wirken, den Verzicht der Kommunisten und Nationalsozialisten, in den Verwaltungskörper der freien Gewerkschaften Einfluß zu gewinnen, abzuschlagen.

Kampf im Siegerland?

Einigung in Hagen-Schwelm

Im Tarifstreit der Siegerländer Metallindustrie ist bei den Verhandlungen vor dem Schlichter für Rheinland-Westfalen Dr. Jötten keine Einigung erzielt worden. Die Unternehmer bestanden auf Annahme ihrer durch Anschlag in den Betrieben den Belegschaften unterbreiteten Bedingungen. Nunmehr hat der Schlichter die Entscheidung über die von den Arbeitern geforderte Verbindlichkeitsklärung des Lohnschiedspruchs zu treffen.

Zu Monatsmitte sind für rund 8000 Metallarbeiter die Arbeitsverträge gekündigt. Man rechnet mit dem Ausbruch scharfer Arbeitskämpfe.

Für die Metallindustrie Hagen-Schwelm, in der seit Ende November ein tarifloser Zustand herrschte, wurden der Rahmentarif, das Urlaubsabkommen, das Arbeitszeitab-

Anschließend erlebte die Konferenz das Schauspiel eines

heftigen Angriffs der deutschen Unternehmer gegen den Standpunkt der Reichsregierung.

Er bekämpfte Sighlers Darlegungen Punkt für Punkt und behauptete eine starke Erhöhung der Gestehungskosten und die Zerstörung der notwendigen Wirtschaftsfreiheit bei Einführung der Vierzigstundenwoche.

In die gleiche Kerbe hieb der Sprecher der Unternehmergruppe Derstedt-Dänemark.

Zum Schluß wurde der Konferenz die Entschließung der Arbeitergruppe für die Erhaltung der bestehenden Wochenlöhne vorgelegt.

Die „technologische“ Arbeitslosigkeit steht bei der Debatte in Genf im Vordergrund. Die moderne Arbeiterbewegung ist längst hinaus über die primitiven Auffassungen der Maschinenstürmer. Das heißt aber nicht, die Augen vor den Problemen der Technisierung der Produktion verschließen. Die Berliner Gewerkschaftsschule veranstaltet deshalb einen Kursus über das Thema Maschine und Wirtschaftskrise. Der Kursus wird von unserem Genossen und langjährigen technischen Mitarbeiter Willi Möbus geleitet. Beginn Freitag abend 7 Uhr im Sophien-Realgymnasium, Weinmeisterstraße. Freigewerkschaftlich Organisierte haben Zutritt. Kostenbeitrag 2 M., Arbeitslose frei. Vorherige Anmeldung nicht erforderlich.

kommen und der Lohnvertrag ab 11. Januar wieder in Kraft gesetzt. Das neue Abkommen läuft unklar bis Ende April. In der Metallindustrie Hagen-Schwelm werden zurzeit 14000 bis 15000 Personen beschäftigt gegen 10000 bei normalen Verhältnissen.

Gonderbares Gutachten

Fischzug in der Stadtentwässerung

Vom Gesamtverband wird uns geschrieben: Sparkommissar, Abbau, Umbau sind Schlagworte unserer Zeit. Im Sparmaßnahmen durchzuführen, wird zumeist ein mehr oder weniger großer Stad von Beamten beauftragt, sogenannte „Gutachten“ auszuarbeiten, die nicht selten als sie wert sind. Ueberall soll eingespart werden, an Menschen, Material, Geld usw. Oft entwickeln sich die Dinge so, daß nach einem teuren, umfangreichen Gutachten alles bleibt wie es war. Auch das Gutachten der Wirtschaftsberatung deutscher Städte L.-G. in Sachen Berliner Stadtentwässerung ist vom gleichen Geist erfüllt.

Selbstverständlich wird auch in diesem Gutachten, damit es sich von anderen nicht unter-

„Die Unternehmer zittern“

Und die KPD. kneift feige

Am Sonnabend veröffentlichte die „Rote Fahne“ auf der ersten Seite in ganz großer Aufmachung die Mitteilung, daß die Direktion des Siemens-Kabelwerks, wo die KPD. soeben einen vernichtenden Sieg davongetragen hatte, zwei prominente KPD-Leute gemahrgelt hat. Es sind dies der auf der KPD-Liste gewählte Betriebsrat Riemann und ein nicht gewählter Kandidat der KPD. Kreglewski. Letzterer wurde entlassen wegen Arbeitsmangel, Riemann dagegen, weil er die Veröffentlichung unwahrer Behauptungen in der „Roten Fahne“ veranlaßt haben soll.

In dem fraglichen Artikel war behauptet worden, daß ein Arbeiter zu einer ihm ungewohnten Arbeit abkommandiert worden sei, bei dieser sehr gesundheitschädlichen Arbeit ohne die vorgeschriebene Maste arbeiten habe müssen und infolgedessen einen Unfall erlitten habe und gestorben sei. Natürlich waren daran zu allererst die versuchten „Sozialfaschisten“ schuld.

Die Behauptungen des Artikels waren unwahr, was von Riemann selbst auch der Direktion gegenüber zugestanden worden ist. Da Riemann allein über die Einzelheiten des Vorfalls Kenntnis haben konnte, wurde von ihm eine Berichtigung verlangt. Er sagte diese auch zu. In der „Roten Fahne“ ließ man ihn jedoch im Stich und gab ihm nur für die Direktion eine schriftliche Erklärung der Redaktion, daß er den Artikel nicht verfaßt habe. Riemann wurde daraufhin entlassen.

Die „Rote Fahne“ schnaubte Rache. „In allen Siemens-Betrieben“, schrieb sie, „in allen Betrieben Berlins jetzt erst recht alle Kräfte eingesetzt

scheide, behauptet, daß der Personalbestand der Stadtentwässerung das Notwendige weit überschreite. Demgegenüber ist die Tatsache zu betonen, daß die bereits durchgeführten Personalausparungen bei der Stadtentwässerung schon vor Erstattung des Gutachtens durchgeführt wurden und weit über die Forderungen des Gutachtens hinausgehen.

In völliger Verkennung der technischen Voraussetzungen wird u. a. auf S. 34 des Gutachtens vorgeschlagen, die Raschlichkeit auf dem Klarwerk Wahmannsdorf einzusparen, d. h. die Belegschaft von 20 auf 14 Mann herabzusetzen. Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß das technisch undurchführbar ist.

Zu Unrecht wird behauptet, daß durch die Uebernahme der Rieselwärier im Jahre 1929 von der Stadtgüter G. m. b. H. zur Stadtentwässerung der Stadt erhebliche Mehrkosten entstanden seien. Wichtig ist vielmehr, daß die Zahlen des Gutachtens zu hoch sind und daß mehr Aufwendungen notwendig wurden, um den verfallenen Zustand der Rieselwärier aus der Zeit vor der Uebernahme zu beseitigen.

Bisshen vermuten, daß die Gutachter nicht ganz uneigennützig ein so ungünstiges Urteil über die Tiefbauverwaltung — Stadtentwässerung — abgegeben haben. Sollte nicht doch der eine oder andere der Herren Gutachter zu den Bewerbern um den Stadtbauratsposten für das Tiefbauamt gehören? ...

Ein Vorstoßverein

Vorschüsse auf das Dritte Reich

In Halle besteht ein Spar- und Vorstoßverein von Beamten der Reichsbahndirektion, der etwa 50 Jahre alt ist. Ein Reichsbahnbetriebsinspektor ist Geschäftsführer, Vorsitzender war bis vor kurzem ein Reichsbahninspektor. Ein Mitgliederverzeichnis zu führen wurde als überflüssig erachtet, so daß man zwischen 400 und 800 Mitgliedern schwankt. Die leitenden Herren dieses Vereins setzten große Hoffnungen auf Hitler, dessen Herrschaft sie aus ihrer Zinsknechtschaft gegenüber dem Verein erlösen sollte.

Der Termin der Aufrichtung des Dritten Reichs zieht sich in die Länge und so ließ sich nicht länger verheimlichen, daß der Geschäftsführer Strauch wie der bisherige Vorsitzende Fischer nebst ihren Freunden in der Kasse mit selbstbewilligten „Darlehen“ hängen, die im einzelnen mit etwa 1000 Mark beginnen und bis 14000 und 20000 M. gehen sollen. Buchführung war nicht — falls sie nicht ausradiert wurde —, doch steht soviel fest, daß nicht nur sämtliche Sparguthaben und Geschäftsanteile der Mitglieder, sondern oben drein 30000 bis 50000 M. Verwaltungsgeld ausgetischt wurden.

Die Arbeiter der Reichsbahn können froh sein, daß sie in diesen feudalen Nazivorstoßverein nicht aufgenommen wurden, denn sie hätten keine Darlehen bekommen. Die Vorschlagsliste für den Bezirksbeamtenrat und die Hausliste der KPD für die nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft zeigt verächtliche Namen der Vorstoßvereinsherren auf. Sie sind erkannt!

für den Sieg der Einheitslisten, vor denen allein die Unternehmer zittern! In dem Artikel wurde die Belegschaft des Siemens-Kongerns aufgefordert, sofort den Kampf wegen dieser Maßregelung in allen Betrieben aufzunehmen.

Seitdem sind fünf Tage verstrichen. Wir warten aber noch immer auf den Streikbeschuß der KPD, wenn schon nicht im ganzen Siemenskongern, so doch wenigstens im Kabelwerk. Man hat nicht einmal den armseligsten „Kampfausschuß“ gewählt.

Dieses Maulaufreißen und dieses völlige Versagen der KPD. muß auf alle Arbeiter beschämend wirken. Wenn etwas die Arbeiterschaft auszeichnet, so ist es ihr Solidaritätsempfinden, das von der KPD täglich mit Füßen getreten wird. Bald schlächtet sie die Solidarität der Arbeiter aus, um sie zu ausichtslosen Streiks zu verleiten, bald sucht sie sie gewalttätig zu unterdrücken, indem sie Arbeiter gegen Arbeiter hegt. Besonders beschämend aber ist es, wenn die kommunistische Presse ihren sogenannten Arbeiterkorrespondenten Schwindelberichte unterschreibt und sie dann frustriert ihrem Schicksal überläßt.

Wie die „Rote Fahne“, scheint aber auch die KPD. ihre Leute schmählich im Stich zu lassen. Einen Verleumdungskampf gegen die eigenen Kameraden führen, wenn sie Sozialdemokraten sind, dazu ist die KPD. jederzeit bereit und entschlossen. Aber gegen die „zitternden“ Siemens-Direktoren, ja, Bauer, das ist etwas anderes!

Siehe 2 Beilagen